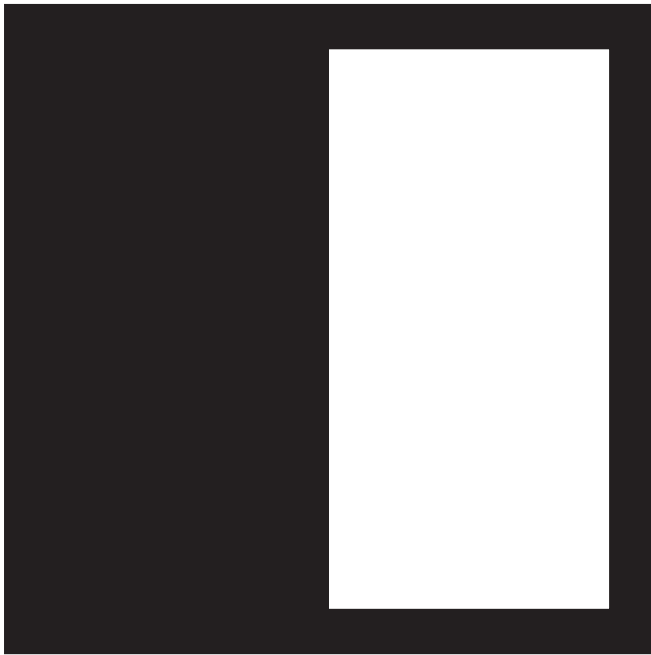


# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



SCHULE  
SPEKTRUM  
BUCHTIPPS  
VERANSTALTUNGEN

5 | August 2012

<b>Schule</b>	
Schule muss Wissensdurst und Neugierde erhalten	4
Bildung in Zahlen	7
Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem weiterhin benachteiligt	10
Junge Menschen ohne Ausbildung	14
Die Mär vom faulen Schüler widerlegt	20
Schulfehlzeiten und Mobbing hängen oft zusammen	21
Schulsozialarbeit - beratend, vermittelnd und präventiv	23
Schulkosten gefährden Bildungszugang	25
<b>Spektrum</b>	
Fehlender Zugang zur Mindestsicherung	26
Wege aus der Krise	28
Viele fühlen sich sozial ausgeschlossen	31
<b>Buchtipps</b>	32
<b>Veranstaltungen</b>	34

## Segregation reduzieren

*Personen mit höherer Bildung schaffen in der Regel einen schnelleren Einstieg ins Erwerbsleben, verdienen im Durchschnitt mehr und sind zu einem größeren Anteil sowie länger erwerbstätig, zeigen Analysen der Statistik Austria. Ein Ergebnis, das nicht wirklich überrascht, dennoch sollte man es sich stets vor Augen halten, wenn man über Bildungsfragen diskutiert. Denn die entscheidenden Weichenstellungen für berufliche und damit gesellschaftliche Teilhabe und Erfolg werden im Bildungssystem gestellt. Das erklärt vielleicht auch die Heftigkeit, mit der die diesbezüglichen Debatten geführt werden. Dazu kommt, dass sich die Bedeutung von Schule und Ausbildung infolge des übereinstimmend konstatierten Wandels unserer Gesellschaft hin zu einer Dienstleistungs- und wissensbasierten Gesellschaft weiter verstärkt und Personen mit geringer (Aus-)Bildung bzw. ohne Schulabschluss Gefahr laufen, völlig ins soziale Abseits gedrängt zu werden. Ein Indikator hierfür ist beispielsweise, dass Personen mit maximal Pflichtschulabschluss ein deutlich höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden, als die übrige Bevölkerung (vgl. Beiträge S. 7 und S. 14).*

*Umso problematischer erscheint es, dass im österreichischen Schulsystem nach wie vor segregierende Strukturen vorherrschen. Und dies in mehrfacher Hinsicht: Wie im übrigen Europa sind Kinder mit besonderen Bedürfnissen einem im Auftrag der EU-Kommission erstellten Bericht zufolge nach wie vor benachteiligt. Obwohl sich die Mitgliedstaaten zu inklusiver Bildung verpflichtet haben, werden viele in separaten Sonderschulen unterrichtet. Auch jene, die eine Regelschule besuchen, erhalten teilweise nur eine unzureichende Förderung. So steigt hierzulande die Segregationsquote, d.h. der Anteil der PflichtschülerInnen, die eine Sonderschule besuchen, seit der Jahrtausendwende kontinuierlich an. Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache sind in dieser Schulform stark überrepräsentiert. Auch für die anderen EU-Mitgliedstaaten konstatiert der erwähnte Bericht eine Überrepräsentanz von in Armut lebenden Kindern, jenen, die aus Roma-Familien oder anderen ethnischen Minderheiten stammen und/oder sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gruppen angehören, in Schulen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dabei könnten diese Kinder durchaus*

*Regelschulen besuchen, wenn mehr Geld in den Ausbau ihrer sprachlichen Fähigkeiten investiert würde und es mehr Verständnis für kulturelle Unterschiede gäbe, hält der Bericht fest. Und die österreichische Sozialwissenschaftlerin Petra Flieger fordert eine bedarfsgelenkte Förderung anstelle einer Betreuung, die erst bei der „Diagnostizierung und Etikettierung eines Kindes“ einsetzt (vgl. Beitrag S. 10).*

*Segregiert wird natürlich ebenso durch die frühe Trennung der Kinder nach der Volksschule in Haupt- und MittelschülerInnen. Die sozialen Einflussfaktoren auf diese frühe Bildungswegentscheidung wurden mehrfach nachgewiesen, die „Neue Mittelschule“ als Gegenmodell einer gemeinsamen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen entworfen. Diese Schulform wurde mittlerweile breitflächig realisiert, allerdings blieben – aufgrund des politischen Widerstandes gegen eine diesbezügliche Vereinheitlichung – (alte) Mittelschulen bzw. Gymnasien parallel dazu weiterhin bestehen, sodass man hier bislang eher von einer „Neuen Hauptschule“ sprechen müsste.*

*In ExpertInnenkreisen ist es jedoch weitgehend unbestritten, dass eine gemeinsame Ganztagschule als Ziel anzupeilen sei, wie sie auch von den ProponentInnen des Bildungsvolksbegehrens gefordert wird. Volksbegehrens-Vertreterin Gundi Wentner sieht dabei die Ganztagschule als Abfolge von Lerneinheiten, Sport- und Projekteinheiten inklusive Mittagsverpflegung. Dadurch würden Betreuungslücken geschlossen und so vor allem berufstätige Mütter entlastet. Auch könnten die Kosten für private Nachhilfe zurückgeschraubt werden, wenn die zusätzlich gewonnenen zeitlichen Ressourcen für mehr individuelle Förderung – sowohl für begabte als auch für schwächere SchülerInnen – genützt werden. Eingefordert wird auch mehr Schulautonomie, die zum einen die Vielfalt an vorhandenen Bildungsmöglichkeiten erhöhen und es zum anderen den Schulen ermöglichen würde, mehr auf regionale bzw. lokale Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Schulen mit schwierigen Ausgangsbedingungen sollten dabei, so Bacher und Tamesberger, mehr Geld erhalten. Ohne diese Maßnahmen wird sich der angestrebte soziale Ausgleich jedenfalls kaum erzielen lassen, meint*

Ihre  
Kontraste-Redaktion

## Schule muss Wissensdurst und Neugierde erhalten

### ExpertInnenhearing im Nationalrat zu den Forderungen des Bildungsvolksbegehrens

Der zur Behandlung des Bildungs-Volksbegehrens eingesetzte Spezialausschuss des Nationalrates erörterte in seiner Sitzung am 16. April Fragen der Pädagogik und der Schulorganisation. Die VertreterInnen des Volksbegehrens fordern unter anderem eine bessere Förderung von Talenten und Fähigkeiten, mehr Unterstützung für „RisikoschülerInnen“, mehr Vielfalt im Unterricht, eine Sprengung des Korsetts der 50-Minuten-Stunde, fächerübergreifende Stoffvermittlung, die systematische Abschaffung des Sitzenbleibens und ein weitgehendes Ende der Nachhilfe. Mittel- bis langfristig treten sie zudem für eine gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen ein.

### Androsch: Kein Kind darf zurückgelassen werden

Eingeleitet wurde das Hearing durch Stellungnahmen von VertreterInnen des Bildungs-Volksbegehrens. Der Bevollmächtigte des Volksbegehrens, Hannes Androsch, verwies auf die Notwendigkeit, das österreichische Bildungssystem „wirkungsvoll in das 21. Jahrhundert zu bringen“ und das Bildungsniveau insgesamt zu heben. Auf Initiative von Unterrichtsministerin Schmied seien bereits wichtige Teilschritte gesetzt worden, meinte er, weitere Schritte müssten aber folgen.

Androsch hält es insbesondere für notwendig, an den Schulen den Wissensdurst zu wecken und zu erhalten. Der Unterricht und dessen Ergebnis könnten aber nur so gut sein, wie das Lehrpersonal, der LehrerInnenauswahl und -ausbildung komme daher eine hohe Bedeutung zu. LehrerInnen müssten ihre Aufgabe als Berufung und nicht vorrangig als Erwerbsarbeit begreifen, so Androsch, der sich für eine gemeinsame Ausbildung auf akademischem Niveau aussprach. Um kein Kind auf dem Bildungsweg zurückzulassen, brauche es außerdem ganztägige Schulen und eine altersmäßig deutlich spätere Differenzierung. Weiters trat der Initiator des Volksbegehrens für eine einheitliche Bundeszuständigkeit für Bildung und mehr Schulautonomie ein.

### Wentner: Halbtägiges Regelschulsystem erzwingt Teilzeitarbeit

Die Mitinitiatorin des Volksbegehrens, Unternehmensberaterin Gundi Wentner, stellte zentrale Problemfelder dar, die ihres Erachtens aus den Versäumnissen in der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte resultieren. Als erstes beschrieb sie den Arbeitskräftemangel in vielen Wirtschaftssektoren. Es sei bereits jetzt ein erhöhter Bedarf an Lehrlingen mit notwendigen Grundkenntnissen zu verzeichnen und die „Knappheit“ an qualifizierten Arbeitskräften setze sich in kaufmännischen und technischen Bereichen fort. Auch im Lehrpersonal würden aufgrund der anstehenden Pensionierungen in den kommenden Jahren Lücken zu füllen sein. Gleichzeitig gebe es in Österreich 75.000 Jugendliche ohne Schulabschluss.

Wentner befürwortet die Ganztagschule, da das derzeitige halbtägige Regelschulsystem unter anderem negative Auswirkungen auf die Stellung der Frauen am Arbeitsmarkt habe. Eltern und insbesondere Mütter müssten das schulische Weiterkommen ihrer Kinder intensiv mitbetreuen, da an den Halbtagschulen für die Vorbereitung für Schularbeiten, Hilfestellung bei Hausübungen sowie für sportliche und künstlerische Aktivitäten keine Zeit sei. In der Folge wäre für die meisten Frauen während dieser Zeit nur eine Halbtagsanstellung mit geminderten Karrierechancen und geringerem Gehalt möglich. Das führe gerade für Alleinerzieherinnen oft in die „Armutsfalle“ und zu sozialer Diskriminierung, so Wentner.

### Schilcher: Modernisierung des Bildungssystems dringend notwendig

Als weiterer Vertreter des Volksbegehrens forderte Bildungsexperte Bernd Schilcher, der Früherkennung von Talenten bei Kindern und der Kompensation von Schwächen mehr Aufmerksamkeit in der Bildungspolitik zu widmen. Es gelte, den Unterricht und die damit verbundene Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu modernisieren, etwa durch selbständige Unterrichtsformen wie Gruppenarbeit und Praktika oder kreatives Lernen. An österreichischen Schulen werde noch zu viel Theorie weitergegeben, es mangle am „Erfahrungslernen“, das eine selbständige Reflexion über die erworbenen Lerninhalte miteinbezieht.

Für die von seiner Vorrednerin erwähnte Risikogruppe der 75.000 jungen Menschen ohne Schulabschluss müsse es neben der bereits bestehenden Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen, ebenfalls die Option für einen nachträglichen Berufsschulabschluss geben, so der Bildungsexperte. Außerdem sollte die

Zahl der Arbeitsplätze an überbetrieblichen Lehrwerkstätten aufgestockt werden, um Perspektivenlosigkeit bei jungen Leuten zu vermeiden. Immerhin würden SchulabbrecherInnen dem Staat enorme Kosten in Milliardenhöhe verursachen, warnte Schilcher. Derzeit gebe es in Österreich bis zu 30 Prozent „Risiko-schülerInnen“, deren Lesevermögen und naturwissenschaftliche sowie mathematische Kompetenzen unter dem OECD-Vergleichswert liegen. Dieser Prozentsatz müsse bis 2020 zumindest halbiert werden.

### **Koenne: Es darf nicht möglich sein, SchülerInnen „loszuwerden“**

Christa Koenne vom Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung der Universität Klagenfurt plädierte für einen gemeinsamen Unterricht aller Schulpflichtigen, gab aber zu bedenken, dass die Ausbildung von AHS-LehrerInnen nicht darauf ausgerichtet sei und es daher auch Vorbehalte der LehrerInnen gegen eine gemeinsame Schule gebe. Ihrer Ansicht nach benötigt man ein Bildungssystem, das es unmöglich macht, Kinder bis zum Ende der Schulpflicht „loszuwerden“. Schulisches Versagen dürfe bzw. könne erst nach dieser Zeit möglich sein. Dann aber sollten die SchülerInnen mehr Verantwortung für ihre Bildung übernehmen. Derzeit würden OberstufenschülerInnen nicht anders behandelt als UnterstufenschülerInnen, kritisierte Koenne, man müsse von dieser „Infantilisierung“ wegkommen.

### **Enzenhofer: Menschenbildung wesentlich**

Der oberösterreichische Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer warf den ProponentInnen des Bildungs-Volksbegehrens vor, einige Daten und Fakten durcheinanderzumischen. So führt er etwa das gute Abschneiden finnischer SchülerInnen beim Lesen darauf zurück, dass es dort viel weniger MigrantInnen als in Österreich gibt. Überdies wies er darauf hin, dass es im Bereich der Talentförderung bereits etliche Angebote gebe. In der Schule gehe es nicht nur darum, Wissen zu vermitteln, eine wesentliche Frage sei auch die der Menschenbildung, betonte Enzenhofer.

### **Fischer: Selektion bereits in der Volksschule**

Peter Fischer von der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg gab zu bedenken, dass die frühe Trennung der SchülerInnen „fatale“ Auswirkungen auf die Volksschulen habe, weil bereits dort „Selektion pur“ stattfinde. Junge LehrerInnen würden sehr darunter leiden, dass sie ihre pädagogischen Konzepte aufgrund des Drucks der Eltern in der dritten und vierten Volksschulklasse über Bord werfen müssten, weil nur eines gefordert werde: „Leistung, Leistung, Leistung“. Man



Hannes Androsch, Bevollmächtigter des Bildungs-Volksbegehrens. Quelle: Wikipedia

brauche in der Schule eine andere Beurteilungskultur, mahnte Fischer, nur so könne die Begeisterung der SchülerInnen erhalten bleiben. Das Bildungssystem dürfe nicht selektieren. Fischer wies überdies auf eine erfolgreiche Umstellung des Bildungssystems in Polen hin: Dort seien nun nach sechs Pflichtschuljahren noch drei AHS-Jahre für alle vorgesehen.

### **Amlinger: Freie Schulwahl ist wichtig**

Florian Amlinger, stellvertretender Bundeselternsprecher der österreichischen Waldorfschulen, hob ebenfalls die Notwendigkeit hervor, die Neugierde und die Begeisterungsfähigkeit von Kindern in der Schule zu erhalten. Es gebe eine enorme Vielfalt von Begabungen, betonte er, daher sei auch eine Vielfalt bei den Schulprofilen wichtig. Schulen sollten sich autonom entscheiden können, welche Art der Methode, welche Schwerpunkte und welche Geschwindigkeit beim Unterricht sie wählten. Gleichzeitig müsse die Schule für Eltern und SchülerInnen frei wählbar sein. Als Aufgabe des Staates sieht es Amlinger, Rahmenbedingungen zu schaffen und darauf zu achten, dass kein Schüler bzw. keine Schülerin aus dem Bildungssystem herausfällt.

### **Kolmann fordert „gläserne Note“**

Bundesschulsprecherin Cornelia Kolmann trat für mehr Autonomie der Schulen und für eine fundierte Lehrerbildung ein. Für SchülerInnen erachtet Kolmann einen Talente- und Kompetenzcheck für sinnvoll. Noten lehnt sie nicht per se ab, demotivierend sei aber die Intransparenz der Notengebung. Kolmann forderte in diesem Sinn „gläserne Noten“.

### Kimberger: LehrerInnen brauchen mehr Zeit zum Unterrichten

Der Vorsitzende der Pflichtschullehrergewerkschaft, Paul Kimberger, unterstrich, gute Schule sei nur mit guten LehrerInnen zu machen. LehrerInnen bräuchten aber mehr Zeit für ihre eigentliche Kernaufgabe, das Unterrichten. Derzeit ginge zu viel Zeit für Disziplinierungsmaßnahmen und Organisation auf. Kimberger plädierte für interne und externe Unterstützungssysteme und hob als Beispiel hierfür die Nachmittagsbetreuung durch FreizeitpädagogInnen hervor. Qualitätssicherung koste aber Geld, gab Kimberger zu bedenken, der sich weiters für die universitäre Lehrerbildung auf Masterniveau aussprach.

### Schmied für „Kultur des Gelingens“

Unterrichtsministerin Claudia Schmied sagte, die Forderungen des Bildungs-Volksbegehrens würden in hohem Maße ihren bildungspolitischen Zielen entsprechen. Auch sie hält die Förderung von Talenten, Freude am Lernen, den Erwerb sozialer Fähigkeiten und Persönlichkeitsentwicklung für enorm wichtig. Man brauche auch gegenseitigen Respekt und Wertschätzung, hier könnten die Schulpartnerschaft und die LehrerInnen als Vorbild wirken. Schmied zufolge führt aber kein Weg an der Erziehungsverantwortung der Eltern vorbei.

Die Unterrichtsministerin wies darauf hin, dass zuletzt mehrere Gesetzesbeschlüsse zur Verbesserung des Bildungssystems gefasst wurden. Konkret nannte sie die Ausweitung der schulischen Tagesbetreuung, die Oberstufe Neu, die Integration in der neunten Schulstufe, die Neue Mittelschule, das erleichterte Nachholen von Bildungsabschlüssen, das neue Dienstrecht für Pädagogische Hochschulen und Änderungen bei der Schulaufsicht. Was man dringend in den Schulen brauche, sei eine „Kultur des Gelingens“, so Schmied.

### Gemeinsame Ganztageschule angepeilt

In einer abschließenden Runde trat Bernd Schilcher seitens der Proponenten des Volksbegehrens für eine schrittweise Erweiterung der Schulpflicht ein und unterstrich ferner die Forderung nach Support-Systemen an den Schulen hinsichtlich psychologischer Betreuung oder Sprachvermittlung. Insgesamt vermisst er klare Zielsetzungen in der Schulpolitik.

Hannes Androsch betrachtete die Einführung von Ganztageschulen als entscheidenden Faktor. Gundi Wentner präziserte den Vorschlag der Ganztageschulen als Abfolge von Lerneinheiten, Sport- und Projekteinheiten inklusive Mittagsverpflegung.

Christa Koenne gab zu bedenken, dass bei den ganztägigen Schulformen nicht nur die Tage, sondern auch die Woche und das Jahr neu zu gestalten seien. Klar sollte dabei sein, dass die gemeinsame Zeit der Eltern mit ihren Kindern nicht für Schule und auch nicht für private Nachhilfe zu verbrauchen sei. Integration sieht Koenne als Inklusion sämtlicher Formen von Behinderung, aber auch sämtlicher Kulturen.

Fritz Enzenhofer wandte sich gegen jegliche „Dramatisierung“, die österreichische Schule genieße aufgrund ihrer hohen Qualität großes internationales Ansehen. Wichtig wäre es seiner Meinung nach, den Lehrberuf für die jeweils Besten attraktiv zu machen.

Peter Fischer sprach sich vehement gegen eine frühe Trennung der Kinder nach der Volksschule und gegen die Sonderschule aus. Er forderte eine aussagekräftige Leistungsbeurteilung und kritisierte das derzeitige System der Ziffernbenotung.

Florian Amlinger sagte, viele Forderungen des Volksbegehrens seien in den Waldorfschulen bereits verwirklicht. Wichtig sei vor allem die Freiheit der Bildung, wobei er betonte, die Kompetenz für die Bildung liege nicht beim Staat, sondern bei den PädagogInnen.

Cornelia Kolmann meinte, wichtiger als die Organisationsstruktur sei die Qualität der Schule. Ihre Anliegen sind die Erhöhung der Autonomie der einzelnen Schulen, die Erstellung eines Förderangebotes sowohl für begabte als auch für schwache SchülerInnen, aber auch die Entlastung der LehrerInnen durch den Einsatz von SchulpsychologInnen, SozialarbeiterInnen oder LebensberaterInnen.

Paul Kimberger betrachtete die Herstellung von Chancengerechtigkeit als Aufgabe der Bildungspolitik und meinte, es müsse dabei auf die unterschiedlichen Begabungen, aber auch auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land Rücksicht genommen werden. Spaß allein könne nicht die Maxime pädagogischen Handelns sein, warnte er. Hohen Stellenwert wies er einem modernen und attraktiven Lehrerdienstrecht zu, das geeignet ist, viele junge Menschen zu überzeugen, in den Lehrberuf einzusteigen.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied nannte als ihr politisches Ziel die gemeinsame Ganztageschule, schränkte jedoch ein, in der Politik gehe es um das Machbare. Dies sei in der jetzigen Situation eine Kombination aus neuer Mittelschule und ganztägigen Schulangeboten.

*Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 295 vom 16.04.2012*

## Bildung in Zahlen

Für AbsolventInnen verschiedener Bildungswege bestehen beträchtliche Ungleichheiten hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen. Personen mit höherer Bildung schaffen in der Regel einen schnelleren Einstieg ins Erwerbsleben, verdienen im Durchschnitt mehr und sind zu einem größeren Anteil sowie länger erwerbstätig, zeigen Analysen von Statistik Austria. Die staatlichen Bildungsausgaben wurden nicht zuletzt deshalb im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht.

Mit Abschluss von Pflichtschule oder allgemeinbildender höherer Schule (AHS) erweist sich der Start ins Erwerbsleben schwieriger als mit Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule (BMS) oder eines Universitäts- bzw. Fachhochschul-Studiums. Was bei der Jobsuche beginnt, schlägt sich später im Einkommen nieder: Für AbsolventInnen verschiedener Bildungswege bestehen beträchtliche Ungleichheiten hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen, geht aus den aktuellen Daten des bildungsbezogenen Erwerbskarrierenmonitoring hervor. Das gemeinsame Projekt von Statistik Austria, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie Arbeitsmarktservice Österreich wurde Ende Juni in einer Pressekonferenz von Sozialminister Rudolf Hundstorfer, AMS-Vorstand Johannes Kopf und Statistik Austria-Generaldirektor Konrad Pesendorfer vorgestellt.<sup>1</sup>

„Jugendliche und ihre Eltern sollen möglichst viele Informationen bekommen, um gute Bildungsentscheidungen treffen zu können. Dazu zählen unter anderem auch die beruflichen Aussichten bzw. Erwerbsmög-

<sup>1</sup> Die Daten des bildungsbezogenen Erwerbskarrierenmonitoring werden aus strukturiert aufbereiteten Verwaltungsdaten zur Bildung und zum Arbeitsmarkt gewonnen und stellen eine Vollerhebung dar. Der Datenkörper wird, beginnend mit den formalen Bildungsabschlüssen des Schuljahres 2008/2009, jährlich ergänzt. Das Konzept des bildungsbezogenen Erwerbskarrierenmonitoring orientiert sich an der Abgestimmten Erwerbsstatistik, wurde jedoch projektbezogen adaptiert. Dieses Projekt ermöglicht es, die Erwerbskarrieren aller in Österreich wohnhaften Personen nach Abgang aus einer formalen Bildungseinrichtung statistisch auswertbar zu machen.

### Schlüsselindikatoren und Analysen zur Bildung in Österreich

*Bildung in Zahlen 2010/11 gibt einen Einblick in die Bildungssituation in Österreich. Ergebnisse und Kenngrößen aus verschiedenen Statistiken werden von der Statistik Austria in Form von Texten, Tabellen und Grafiken dargestellt und bieten Informationen zu unterschiedlichen Bildungsbereichen wie Schul- und Hochschulwesen, Erwachsenenbildung, Bildungsverläufen, dem Bildungsstand und staatlichen Bildungsausgaben.*

*Im vorliegenden Band „Schlüsselindikatoren und Analysen“ werden ausgewählte Bildungsindikatoren mit kurzen Hintergrundtexten, die einen umfassenden Überblick über die Bildungssituation in Österreich verschaffen, grafisch aufbereitet dargestellt. In einem eigenen Kapitel finden sich Charakteristika der Bildungssituation der neun Bundesländer. Ergänzend dazu bietet ein eigener Tabellenband umfangreiche Detaildaten aus den Bereichen Schul- und Hochschulstatistik und zusätzlich Eckdaten zum Bildungsstand der Wohnbevölkerung und zu staatlichen Bildungsausgaben.*

*Download möglich unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/services/publikationen/5/index.html](http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/5/index.html)*

lichkeiten, die mit einer Ausbildung verbunden sind. Diese werden mit dem bildungsbezogenen Erwerbskarrierenmonitoring nun erstmals umfassend fest- und bereitgestellt“, erläuterte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Auch AMS-Vorstand Johannes Kopf hält das bildungsbezogene Erwerbskarrierenmonitoring für ein „überaus wichtiges Projekt“, da es eine neue erweiterte Datengrundlage für die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen in den 66 Berufsinfozentren des AMS biete und „eine Fülle an neuen Erkenntnissen“ ermögli- che, „die bis dato noch gar nicht alle ausgelotet wurden“.

### 8,4 Prozent der PflichtschulabsolventInnen ohne laufende Ausbildung oder Arbeitsplatz

„28.000 oder 12 Prozent der 221.000 Personen, die im Schuljahr 2008/09 eine formale Ausbildung abgeschlossen haben, befanden sich eineinhalb Jahre nach ihrem Abschluss weder in einer aktiven Erwerbstä-

**Tabelle 1: Bildungsniveau der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren**

Höchste abgeschlossene Ausbildung	1981	1991	2001	2008	2009
	in %				
<b>Tertiärabschluss</b>	<b>4,5</b>	<b>6,9</b>	<b>10,5</b>	<b>14,1</b>	<b>14,6</b>
Universität/Fachhochschule	3,9	5,3	7,5	10,6	11,1
Akademien	0,7	1,6	2,3	2,8	2,8
Kolleg	-	-	0,6	0,8	0,8
<b>Sekundarabschluss</b>	<b>49,5</b>	<b>59,0</b>	<b>63,4</b>	<b>66,3</b>	<b>65,9</b>
Berufsbildende höhere Schule	3,2	4,7	6,2	7,9	8,0
Allgemeinbildende höhere Schule	4,0	4,7	4,7	5,7	5,6
Berufsbildende mittlere Schule <sup>1)</sup>	11,2	12,5	13,1	15,8	15,7
Lehre	31,0	37,0	39,4	36,9	36,6
<b>Pflichtschule</b>	<b>46,0</b>	<b>34,2</b>	<b>26,2</b>	<b>19,5</b>	<b>19,5</b>

Q: STATISTIK AUSTRIA, 1981, 1991, 2001: Volkszählung. Ab 2008: Bildungsstandregister. – 1) Ab 2008 inkl. Meister- und Werkmeisterabschlüsse.

tigkeit noch in Ausbildung. 10.000 von ihnen sind beim AMS arbeitslos gemeldet", berichtete Statistik-Generaldirektor Pesendorfer. Den größten Anteil dieser Gruppe stellen Personen dar, die in keiner aktiven Position am Arbeitsmarkt sind, etwa Eltern in Karenz. Vor allem im Bereich der Pflichtschule gibt es großen Unterstützungsbedarf für Personen, die weder in Ausbildung noch im Erwerbsleben stehen. Zwar besuchen mehr als 90 Prozent der PflichtschulabsolventInnen eine weiterführende Ausbildung und 1,3 Prozent steigen direkt ins Arbeitsleben ein, es bleiben aber weitere 8,4 Prozent bzw. 6.900 Personen ohne laufende Ausbildung oder Arbeitsplatz. „In der nächsten Legislaturperiode soll daher die Ausbildungsverpflichtung umgesetzt werden, da kein Jugendlicher ohne weiterführende Ausbildung bleiben soll“, kündigte Hundstorfer an.

Einen schnellen Einstieg ins Erwerbsleben schaffen die AbsolventInnen von Universitäten und Fachhochschulen, aber auch von berufsbildenden mittleren Schulen (BMS): „Nahezu zwei Drittel mit Uni- oder BMS-Abschluss erhalten innerhalb von drei Monaten nach Ausbildungsabschluss eine Jobzusage“, unterstrich Pesendorfer. Schwieriger gestaltet sich der Start ins Erwerbsleben für Personen mit Abschluss einer allgemeinbildenden höheren Schule (AHS), von denen fast 40 Prozent nach einem Jahr der Jobsuche – allerdings auch beeinflusst von Präsenz- und Zivildienst – noch immer keine Anstellung haben.

#### Höchste Einkommen für AkademikerInnen und BMS-AbsolventInnen

Auch bei den Einstiegsgehältern müssen Personen mit AHS-Abschluss im Vergleich zu AbsolventInnen anderer Bildungszweige Abstriche machen: So liegt die Einstiegsentlohnung für knapp 64 Prozent der AHS-

AbgängerInnen unter 1.200 Euro brutto pro Monat, und nur 2,3 Prozent sind unter den SpitzenverdienerInnen von über 2.400 Euro zu finden. Demgegenüber befinden sich 43 Prozent mit Universitäts- bzw. FH-Abschluss im Spitzenfeld der Monatsgehälter für BerufseinsteigerInnen. Nach dem Abschluss einer berufsbildenden höheren Schule (BHS) verdienen 42,3 Prozent im ersten Arbeitsverhältnis unter 1.200 Euro monatlich, die Hälfte erhält jedoch zwischen 1.200 und 2.400 Euro.

Ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung liegt das Bruttomedianeinkommen für Personen mit einem Lehr- oder BHS-Abschluss bei 1.900 Euro, mit einem BMS-Abschluss bei 2.550 Euro pro Monat. „Der hohe Durchschnittswert ist vor allem auf die Einkommen der Absolventinnen und Absolventen von Gesundheitsschulen zurückzuführen. Die Krankenschwestern- und Pflegeausbildungen sind der eigentliche Superstar am Arbeitsmarkt“, betonte der Sozialminister. Mit einem Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluss liegt das Bruttomedianeinkommen bei 2.850 Euro, wobei beträchtliche Lohnunterschiede je nach Studienfach bestehen: 12 Monate nach einem Abschluss in Psychologie liegt das Bruttomedianeinkommen lediglich bei 1.900 Euro, hat man Medizin, Wirtschaft, Informatik oder Chemie studiert, liegt es bei 3.250 Euro.

#### Immer mehr haben eine tertiäre Ausbildung

Im Jahr 2009 verfügten laut Bildungsstandregister von Statistik Austria<sup>2</sup> bereits 14,6 Prozent der Per-

<sup>2</sup> Das Bildungsstandregister enthält Informationen über formale Bildungsabschlüsse der österreichischen Wohnbevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter. Es ermöglicht eine regional gegliederte Darstellung des Bildungsstandes sowie seiner Veränderungen. Erstbefüllt wurde das Register mit den Daten über die höchste



**Tabelle 2: Staatliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen**

Bildungsbereich	Jahr 2000		Jahr 2005		Jahr 2010	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>10.953</b>	<b>100,0</b>	<b>12.791</b>	<b>100,0</b>	<b>16.267</b>	<b>100,0</b>
Kindergarten	915	8,3	1.060	8,3	1.798	11,1
Allgemein bildende Pflichtschulen	3.774	34,5	3.969	31,0	4.670	28,7
AHS	1.086	9,9	1.275	10,0	1.561	9,6
Berufsschulen	431	3,9	450	3,5	591	3,6
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	1.396	12,7	1.661	13,0	1.991	12,2
Pädagogische Akademien/Hochschulen	94	0,9	106	0,8	160	1,0
Fachhochschulen	99	0,9	237	1,8	296	1,8
Universitäten	1.974	18,0	2.683	21,0	3.608	22,2
Schulverwaltung, sonstige Bereiche <sup>1)</sup>	1.185	10,8	1.351	10,6	1.593	9,8

Q: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsausgabenstatistik. – 1) Bildungsrelevante Teile der Familienbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen, Schülerfreifahrten etc.

sonen im Haupterwerbsalter (25 bis 64 Jahre) über einen Universitäts-, Fachhochschul-, Akademie- oder Kollegabschluss. Bei der Volkszählung 2001 lag dieser Anteil noch bei 10,5 Prozent. Bei 65,9 Prozent ist der höchste Bildungsabschluss ein sogenannter Sekundarabschluss, das heißt eine erfolgreich abgeschlossene Lehre, berufsbildende mittlere oder höhere Schule oder allgemein bildende höhere Schule. Damit haben vier von fünf Personen im Haupterwerbsalter einen über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss (siehe Tabelle 1).

Auswertungen der Abgestimmten Erwerbsstatistik 2009 zeigen, dass zwischen Ausbildungsniveau und Erwerbstätigkeit ein enger Zusammenhang besteht: Zum Stichtag 31.10.2009 waren 71,9 Prozent der 25- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss lag jedoch bei nur 55,4 Prozent. Hingegen waren 74,7 Prozent der Personen mit einem Sekundarabschluss als höchstem Bildungsabschluss erwerbstätig und 81,1 Prozent der Personen mit Tertiärabschluss.

Besonders ausgeprägte Unterschiede nach dem Bildungsstand zeigten sich für die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen. In dieser Altersgruppe gingen nur mehr 29,9 Prozent der Personen mit höchstens

Pflichtschulabschluss und 39,4 Prozent der Personen mit Sekundarabschluss einer Erwerbsbeschäftigung nach. Von den 55- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss waren hingegen noch beinahe zwei Drittel (65,4%) erwerbstätig.

Ein Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit besteht sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wobei bei Frauen die Erwerbstätigenquoten in allen Bildungsstufen niedriger sind. Dieser Geschlechtsunterschied nimmt mit höherer Bildung allerdings ab. Unter den Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss im Alter von 25 bis 64 Jahren liegt die Erwerbstätigenquote der Männer bei 61,9 Prozent und jene der Frauen bei 51,4 Prozent. Männer mit Tertiärabschluss sind zu 82,8 Prozent erwerbstätig, Frauen zu 79,6 Prozent.

### Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben

Die staatlichen Bildungsausgaben stiegen im letzten Jahrzehnt von 11 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 16,3 Milliarden Euro im Jahr 2010.<sup>3</sup> Bezieht man die staatlichen Bildungsausgaben auf die Zahl der Personen unter 30 Jahren, beträgt der Zuwachs von 2000

abgeschlossene Ausbildung aus der Volkszählung 2001. Aktualisiert wird es jährlich mit Abschlussdaten der österreichischen Schulen und Hochschulen, der Wirtschaftskammer (Lehrabschlüsse und Meisterprüfungen), der Landwirtschaftskammern (Meister- und Facharbeiterprüfungen) und des Bundesministeriums für Gesundheit (Diplomprüfungen im kardiotechnischen Dienst). Darüber hinaus meldet das Arbeitsmarktservice (AMS) jährlich Daten zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung der LeistungsempfängerInnen.

<sup>3</sup> Staatliche Bildungsausgaben umfassen sowohl Ausgaben an Bildungseinrichtungen mit einem staatlichen Erhalter als auch jene zur Bereitstellung und Inanspruchnahme von Bildungsleistungen. Erfasst werden die Quellen, die die Letztverausgabung tätigen. Demnach werden innerstaatliche Transfers bei der transfererhaltenden Stelle als Bildungsausgaben ausgewiesen. In den staatlichen Ausgaben sind auch Zahlungen privater Haushalte enthalten. Transfers an private Einheiten werden separat abgebildet. Der Staat setzt sich aus den Gebietskörperschaften und den Anstalten öffentlichen Rechts zusammen. Staatliche Bildungsausgaben werden in der Periode der tatsächlichen Zahlung in voller Höhe erfasst und sind als nominelle Werte zu verstehen.

bis 2010 inflationsbereinigt rund 25 Prozent. Höhere Ausgaben gab es in allen Bildungsbereichen. Überproportional entwickelten sich die staatlichen Ausgaben einerseits im Hochschulbereich, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sich immer mehr junge Menschen für ein Hochschulstudium entscheiden. Zum anderen stieg in Folge der Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in

institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen der Anteil, der auf den Kindergartenbereich entfällt (siehe Tabelle 2, S. 9).

*Quellen: Pressemitteilungen der Statistik Austria vom 11.04.2012 und vom 20.06.2012*

## Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem weiterhin benachteiligt

**Kinder mit besonderen Bedürfnissen und behinderte Erwachsene sind nach wie vor benachteiligt – und dies, obwohl sich die EU-Mitgliedstaaten zur Förderung inklusiver Bildung verpflichtet haben. Einem im Auftrag der Europäischen Kommission erstellten Bericht zufolge werden viele in separaten Sonderschulen unterrichtet. Auch diejenigen, die Regelschulen besuchen, erhalten oft nur eine unzureichende Förderung. Die Mitgliedstaaten werden daher aufgefordert, sich stärker für inklusive Bildung einzusetzen und die noch vorhandenen Barrieren abzubauen.**

*„Wenn wir die Lebensqualität von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und behinderten Erwachsenen verbessern wollen, müssen wir uns verstärkt für angemessen finanzierte inklusive Bildungsstrategien einsetzen. Es ist an der Zeit, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Inklusive Bildung ist kein Luxus, sondern eine grundlegende Notwendigkeit. Wir müssen die am stärksten Benachteiligten in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, denn nur so ist ein besseres Leben für alle möglich“,* sagte EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou anlässlich der Präsentation des Berichts Anfang Juli.

Rund 45 Mio. EU-BürgerInnen im erwerbsfähigen Alter haben eine Behinderung und 15 Mio. Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf. Aus dem Bericht geht hervor, dass sie mitunter überhaupt keine Bil-

dungs- und Erwerbschancen haben. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf verlassen die Schule häufig mit nur geringen oder gar keinen Qualifikationen, um dann in spezielle Ausbildungsgänge zu wechseln, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher verringern als verbessern. Bei Menschen mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Bedarf ist die Wahrscheinlichkeit, arbeits- oder erwerbslos zu bleiben, wesentlich höher, und selbst diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt relativ erfolgreich sind, verdienen oft weniger als Nichtbehinderte, so der Bericht.

In sämtlichen Mitgliedstaaten sind in Armut lebende Kinder, die aus Roma-Familien stammen oder anderen ethnischen Minderheiten bzw. sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gruppen angehören, in Schulen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf überrepräsentiert. Im Bericht wird die Frage aufgeworfen, ob sonderpädagogische Systeme die Isolation von bereits sozial marginalisierten Schülerinnen und Schülern sogar verstärken und auf diese Weise ihre Zukunftschancen eher verringern als verbessern. Aus Forschungsarbeiten haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass solche Kinder durchaus Regelschulen besuchen könnten, wenn mehr Geld in den Ausbau ihrer sprachlichen Fähigkeiten investiert würde und es mehr Verständnis für kulturelle Unterschiede gäbe.

Ferner werden im Bericht die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der Feststellung des besonderen Förderbedarfs von Kindern und bei der Einschulung in Regel- oder Sonderschulen herausgestellt. So werden beispielsweise in Flandern (Belgien) 5,2 Prozent der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Bedarf in separaten Sonderschulen unterrichtet, in Italien liegt dieser Prozentsatz hingegen nur bei 0,01 Prozent. Nach Auffassung der VerfasserInnen muss noch mehr für eine Harmonisierung der Definitionen und für eine Verbesserung der Datenerhebung getan werden, damit die einzelnen Länder ihre Ansätze besser vergleichen und von den Erfahrungen der anderen lernen können.

Anzahl der Lernenden in Pflichtschulen und Prozentsatz der Lernenden, die separate Sonderschulen und Sonderklassen besuchen				
Land	Anzahl der Lernenden in Pflichtschulen	Anzahl der Lernende mit sonderpädagogischem Bedarf und in % aller Lernenden	Anzahl der Lernenden in separaten Sonderschulen und in % aller Lernenden	Anzahl der Lernenden in separaten Sonderklassen und in % aller Lernenden
Österreich	802 519	28 525 (3,5 %)	11 787 (1,5 %)	965 (0,1 %)
Belgien (Fl.)	871 920	54 336 (6,2 %)	46 091 (5,2 %)	0
Belgien (Fr.)	687 137	30 993 (4,5 %)	30 773 (4,4 %)	0
Bulgarien	693 270	14 083 (2,0 %)	8 119 (1,1 %)	391 (0,05 %)
Zypern	97 938	5 445 (5,5 %)	293 (0,3 %)	583 (0,6 %)
Tschechische Republik	836 372	71 879 (8,6 %)	30 092 (3,6 %)	7 026 (0,8 %)
Dänemark	719 144	33 733 (4,6 %)	12 757 (1,8 %)	18 986 (2,6 %)
Estland	112 738	10 435 (9,2 %)	3 782 (3,0 %)	1 459 (1,3 %)
Finnland	559 379	45 493 (8,1 %)	6 782 (1,2 %)	14 574 (2,6 %)
Frankreich	12 542 100	356 803 (2,8 %)	75 504 (0,6 %)	161 351 (1,3 %)
Deutschland	8 236 221	479 741 (5,8 %)	399 229 (4,8 %)	0
Griechenland	1 146 298	29 954 (2,6 %)	7 483 (0,6 %)	22 471 (2,0 %)
Ungarn	1 275 365	70 747 (5,5 %)	33 014 (2,6 %)	0
Island	43 511	10 650 (24,0 %)	143 (0,3 %)	348 (0,8 %)
Irland	649 166	33 908 (5,2 %)	4 976 (0,8 %)	2 380 (0,4 %)
Italien	7 326 567	170 696 (2,3 %)	693 (0,01 %)	0
Lettland	185 032	9 057 (4,8 %)	6 363 (3,4 %)	1 175 (0,6 %)
Litauen	440 504	51 881 (11,7 %)	4 253 (1,0 %)	855 (0,2 %)
Luxemburg	64 337	1 374 (2,2 %)	663 (1,0 %)	0
Malta	48 594	2 645 (5,4 %)	137 (0,3 %)	13 (0,03 %)
Niederlande	2 411 194	103 821 (4,3 %)	64 425 (2,7 %)	0
Norwegen	615 883	48 802 (8,0 %)	1 929 (0,3 %)	5 321 (0,9 %)
Polen	4 511 123	127 954 (2,8 %)	59 880 (1,3 %)	0
Portugal	1 331 050	35 894 (2,7 %)	2 660 (0,2 %)	2 115 (0,2 %)
Slowenien	162 902	10 504 (2,7 %)	2 829 (1,7 %)	400 (0,24 %)
Spanien	4 437 258	104 343 (2,35 %)	17 400 (0,4 %)	0
Schweden	906 189	13 777 (1,5 %)	516 (0,06 %)	13 261 (1,5 %)
Schweiz	777 394	41 645 (5,4 %)	16 223 (2,1 %)	25 422 (3,3 %)
VK (England)	8 033 690	225 920* (2,8 %)	96 130 (1,2 %)	16 190 (0,2 %)
VK (Schottland)	647 923	45 357 (7,0 %)	6 659 (1,0 %)	1 481 (0,2 %)
VK (Wales)	377 503	12 895 (3,4 %)	3 070 (0,8 %)	2 843 (0,7 %)

\* Die Daten für England beziehen sich nur auf Lernende mit bereits festgestelltem Bedarf.

Quelle: Europäische Agentur für Entwicklungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung, Länderdaten 2010

## Detailergebnisse des Berichts

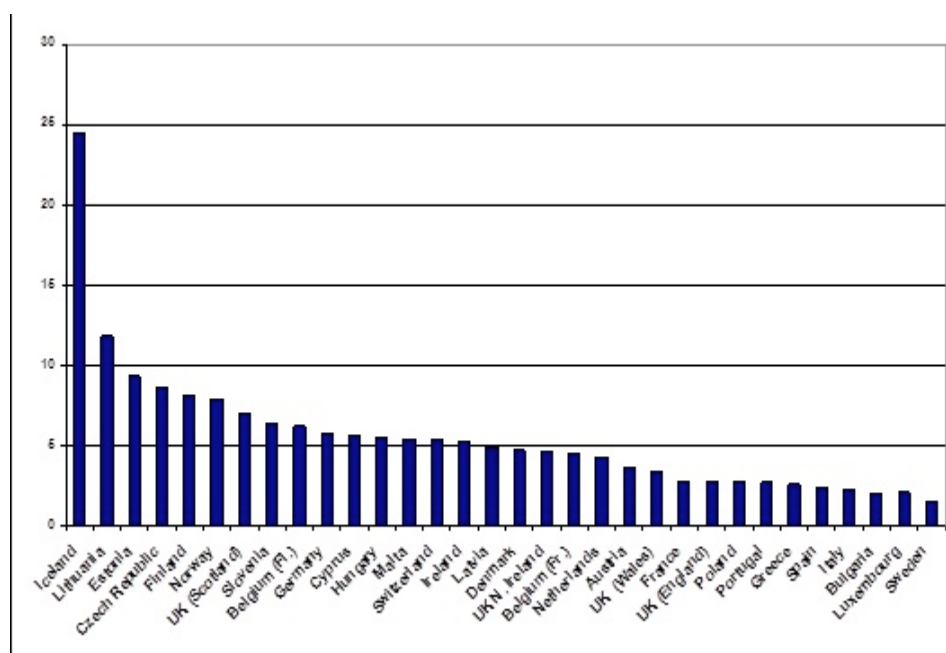
Der Bericht „*Education and Disability/Special Needs – policies and practices in education, training and employment for students with disabilities and special educational needs in the EU*“<sup>1</sup> wurde von dem Netzwerk unabhängiger Experten im Bereich Bildungssoziologie (NESSE) für die Europäische Kommission erstellt. Im Bericht wird konzediert, dass die Aufnahme Lernender mit sehr schweren Beeinträchtigungen in

Regelschulen schwierig sein kann, sodass ein gesonderter Unterricht unter Umständen die bessere Lösung für die Betroffenen ist. Allerdings gibt es immer mehr Hinweise darauf, dass viele Lernende mit Behinderungen und/oder sonderpädagogischem Bedarf durchaus in Regelschulen integriert werden können und dass gute inklusive Bildung eine gute Bildung für alle Lernenden ist.

Ogleich es sehr wichtig ist, auf inklusivere Bildungssysteme hinzuwirken, wurde die Aus- und Fortbildung von Lehrern bisher nicht immer inklusionsgerecht organisiert. Neben den Lehrkräften spielen auch FörderlehrerInnen und pädagogische Fachkräfte eine

1 „Bildung und Behinderung/besondere Bedürfnisse – Politik und Praxis für Lernende mit Behinderung und sonderpädagogischem Bedarf in Bildung, Berufsbildung und Beschäftigung in der EU“

## Lernende mit festgestelltem sonderpädagogischem Bedarf in % aller Lernenden



Quelle: Europäische Agentur für Entwicklungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung, Länderdaten 2010

wichtige Rolle, wenn Inklusion in der Praxis gelingen soll. In manchen europäischen Ländern sind die Lehrpläne standardisiert und unflexibel, was die Inklusion behinderter Kinder erschwert. Die Praxis der Wiederholung von Klassen unterminiert ebenfalls die Grundsätze der Inklusion. Bei behinderten Menschen ist die Wahrscheinlichkeit, es bis an eine Hochschule zu schaffen, wesentlich geringer als bei Nichtbehinderten. Selbst Behinderte, die einen Hochschulabschluss vorweisen können, werden auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt, haben aber bessere Beschäftigungschancen als weniger qualifizierte Behinderte.

Moniert wird, dass es EU-weit keine vergleichbaren Daten zur Anzahl behinderter Studierender an Hochschulen oder zu ihren Schwierigkeiten und Erfolgsquoten gibt. Auch gibt es nicht genügend aktuelle und zuverlässige Daten zur Anzahl der beschäftigten Behinderten in den verschiedenen EU-Ländern.

Beihilfen für Behinderte verringern das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung; es sei aber damit zu rechnen, dass sie im Zuge der in ganz Europa praktizierten Kürzungen der öffentlichen Haushalte zurückgefahren werden. „Flexicurity“-Regelungen würden es behinderten Menschen ermöglichen, in Teilzeit zu arbeiten, ohne ihren gesamten Anspruch auf Beihilfen zu verlieren.

Die meisten Länder greifen auf ähnliche Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung zurück. Allerdings sind die Programme im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Wiedereingliederung ins Berufsleben unterschiedlich effektiv, d.h., es gelingt mehr oder weniger gut, behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt einzugliedern oder ihnen den Arbeitsplatz zu erhalten, wenn es erst im Laufe ihres Erwerbslebens zu einer Behinderung kommt.

### Situation in Österreich

Die Kritik der EU ist durchaus auch auf Österreich zutreffend. Auch hierzulande nimmt - während gleichzeitig über die Abschaffung der Sonderschulen debattiert wird - die Aussonderung zu. Denn die Segregationsquote - der Anteil an PflichtschülerInnen, die eine Sonderschule besuchen - steigt seit der Jahrtausendwende kontinuierlich an, bemängelt etwa die Sozialwissenschaftlerin *Petra Fliieger* im APA-Gespräch. Ihres Erachtens habe die schulische Integration in Österreich sogar „zu einer Stärkung des Sonderschulwesens und zu einer Zunahme der Segregation im österreichischen Bildungssystem geführt“.

Seit 1993 besteht die Wahlfreiheit für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zwischen Sonderschul- oder Integrationsklasse. ÖVP- und Grünen-Mandatare sowie Interessensver-

tretenungen kritisieren seit langem das zweigleisige System und fordern als Folge der 2008 ratifizierten UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen die Abschaffung der Sonderschule und ein gänzlich inklusives Schulsystem. Laut Flieger ist man davon aber noch weit entfernt. In sechs Bundesländern (Burgenland, Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Tirol und Vorarlberg) ist die Zahl jener Kinder und Jugendlichen, die Sonderschulen besuchen, zuletzt angestiegen, während die Gesamtzahl der PflichtschülerInnen massiv rückläufig ist. In einzelnen Bundesländern ist die Segregationsquote sogar deutlich höher als vor 20 Jahren, als es noch keine Gesetze zur Schulintegration gab. So ist die Quote in Niederösterreich von 2,61 im Schuljahr 1990/91 auf 2,97 Prozent im Schuljahr 2010/11 angestiegen, in Vorarlberg stieg sie im selben Zeitraum von 2,48 auf 2,96 Prozent.

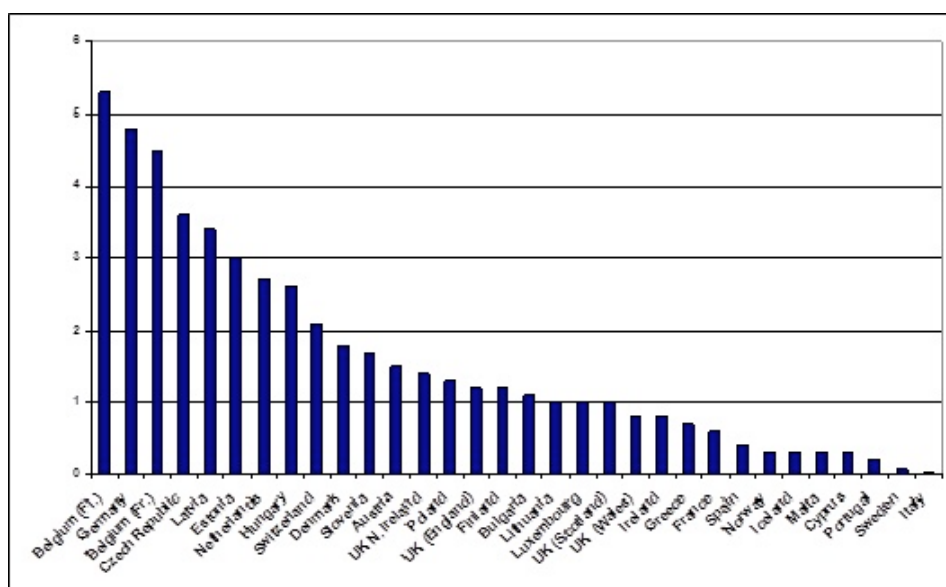
Flieger führt das darauf zurück, dass die Zahl der Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf zugeschrieben bekommen, kontinuierlich ansteigt, sodass „die Sonderschulen konsequent mit SchülerInnen versorgt werden“. Auch das „lange bekannte Phänomen“, dass zunehmend Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache in Sonderschulen eingeschult werden, spiele da mit. Mit einem Anteil von 28,5 Prozent (im Schuljahr 2010/11) sind Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache an Sonderschulen stark überrepräsentiert. „Dabei wären diese Kinder bei guter Unterstützung im Erlernen der Sprache durch-

aus in der Lage, den Regelschullehrplan zu erfüllen“, meint Flieger. Sie fordert eine bedarfsgelenkte Förderung statt einer Betreuung, die erst bei der „Diagnostizierung und Etikettierung eines Kindes einsetzt. In das Sonderschulsystem fließen viele Ressourcen. Mit demselben Geld könnte man integrativ viel bessere Arbeit leisten,“ ist Flieger überzeugt.

Nachdem Bund und Länder bis zuletzt an der Erhaltung der Sonderschulen festgehalten haben, ist in einem Arbeitspapier des Unterrichtsministeriums zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nunmehr von „inklusiven Regionen“ als „Ausgangspunkt für die flächendeckende Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems in Österreich“ die Rede. Das Papier sieht entsprechende „regionale Aktionspläne“ vor, die jeweils von einem „Konsortium“ erstellt werden, das die Länder in Absprache mit dem Bund beauftragen. In den Modellregionen sollen „bestehende Sonderschulen schrittweise zu inklusiven Bildungseinrichtungen geöffnet werden“ und regionale Inklusionszentren eine bedarfsgerechte und frühzeitige Betreuung gewährleisten. All diese Maßnahmen sollen laut Plan dazu führen, dass im Jahr 2020 österreichweit „eine Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Sondereinrichtungen nicht mehr erforderlich“ ist.

Quellen: EUROPA, Press Releases, 10.07.2012; APA; Der Standard, 01.02.2012

#### Lernende in Sonderschulen und Sonderklassen in % aller Lernenden



Quelle: Europäische Agentur für Entwicklungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung, Länderdaten 2010

## Junge Menschen ohne Ausbildung

Die Sozialwissenschaftler Johann Bacher und Dennis Tamesberger erhoben das Ausmaß der arbeitsmarktpolitischen Desintegration von Jugendlichen anhand unterschiedlicher Sozialindikatoren.

Der Strukturwandel in Richtung „Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ hat weitreichende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungschancen. Die wirtschaftliche Dynamik führt dazu, dass produktionsorientierte und niedrigqualifizierte Tätigkeiten an Bedeutung verlieren. Aufgrund der geringeren Nachfrage nach niedrig qualifizierten Beschäftigungen werden die Unqualifizierten an das Ende der Arbeitslosenschlange verbannt. Im Jahr 2010 war in Österreich das Arbeitslosigkeitsrisiko von Menschen mit maximal Pflichtschulbildung (18,1%) fast dreimal so hoch wie für Menschen, die eine Lehrausbildung (6,2%) abgeschlossen haben (vgl. BALLweb 2011).

Inbesondere Jugendliche<sup>1</sup> stehen vermehrt unter dem Druck, auf die ständig steigenden Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen schnell zu reagieren und sich anzupassen (vgl. Lassnigg 2010, S. 2). Wer den Anschluss verliert und die fehlenden Qualifikationen nicht erbringen kann, hat vermehrt Probleme beim Übertritt von der Schule ins Berufsleben und ein erhöhtes (Langzeit-)Arbeitslosigkeitsrisiko. Jugendliche mit unzureichender Ausbildung bzw. Kompetenzen sind mit einer äußerst schwierigen Situation am Arbeitsmarkt konfrontiert, die Gefahr des sozialen Ausschlusses bzw. von Verarmung ist stark erhöht (vgl. Klingelmair / Bödenhofer 2009, S. 147; Lassnigg 2010, S. 3).

Jugendliche ohne Berufsausbildung sind jedoch keine homogene Gruppe und haben oft sehr unterschiedliche Problemlagen. Um zielführend politische Antworten auf diese Herausforderungen zu entwickeln, ist es zuerst notwendig, die Gruppen der Betroffenen genau zu erfassen, Veränderungen im Zeitverlauf zu beobachten und diese Gruppen sozialstrukturell zu beschreiben.

### Indikatoren zur Desintegration von Jugendlichen

In der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Forschung und Diskussion (vgl. Eichhorst/Thode 2011; Lassnigg et al. 2009) werden unterschiedliche Indi-

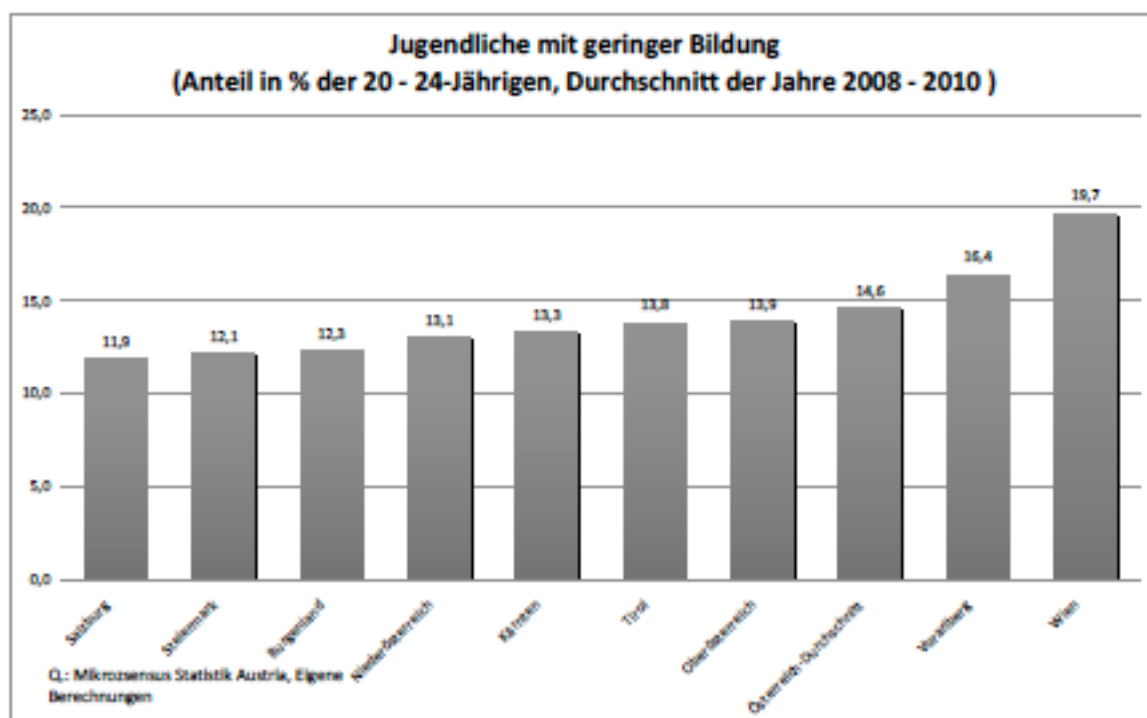
katoren verwendet, um Jugendliche zu erfassen, die von sozialer Ausgrenzung oder von Prekarität bedroht sind. Drei häufige, auch in der internationalen Bildungs- und Sozialstatistik eingesetzte Indikatoren sind die „frühen SchulabgängerInnen“, „Jugendliche bzw. Jungerwachsene mit geringer Bildung“ und „Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch Training“. Diese Indikatoren erfassen unterschiedliche Altersgruppen und unterschiedliche Gefährdungsgrade.

Der Indikator der „frühen SchulabgängerInnen“ (*Early School Leavers*) ist ein Standardindikator der Europäischen Kommission (EC 2011). Als „frühe SchulabgängerInnen“ werden – entsprechend diesem Konzept in Österreich – Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die keinen Schulabschluss, nur den Abschluss einer Pflichtschule (Hauptschule, AHS-Unterstufe, Polytechnische Schule) oder einer maximal einjährigen Fachschule (BMS) haben und sich zum Befragungszeitpunkt nicht mehr im Bildungssystem befinden.

Neben diesem EU-Strukturindikator berichtet die Statistik Austria (2010) als Ergänzung die Zahl oder den Anteil der „Jugendlichen bzw. Jungerwachsenen mit geringer Bildung“ unter den 20- bis 24-Jährigen. Von einer geringen Bildung wird dann gesprochen, wenn die Jugendlichen über keinen Pflichtschulabschluss, einen Pflichtschulabschluss oder maximal den Abschluss einer einjährigen BMS verfügen, unabhängig davon, ob sie sich zum Befragungszeitpunkt im Bildungssystem befinden oder nicht.

Ein dritter, in Österreich noch wenig verwendeter Indikator ist die Anzahl bzw. der Anteil der „Jugendlichen weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in einer Trainings- oder Bildungsmaßnahme“ unter einer bestimmten Altersgruppe (vgl. Bacher 2011). Dieser Indikator wird vorwiegend in angelsächsischen Ländern verwendet und für unterschiedliche Altersgruppen ausgewiesen. Das britische Department for Education (2011) beispielsweise berichtet Quoten für 16- bis 24-Jährige und Untergruppen. Die betroffene Gruppe wird als *NEET (Not in Education, Employment and Training)* bezeichnet.

Während zur Gruppe der Early-School-Leavers quantitative (z.B. Steiner 2009) und auch qualitative Studien (Nairz-Wirth & Mesching 2010) vorliegen, ist das Wissen über die beiden anderen Gruppen gering. Zahlen zu den „Jugendlichen mit geringer Bildung“ werden von der Statistik Austria (2010) jährlich berichtet, allerdings ohne sozio-demographische Beschreibung.



Schätzungen zur Gruppe der „Jugendlichen weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch Training“ hat Bacher (2011) vorgelegt, allerdings auch ohne weitergehende sozialstrukturelle Differenzierungen. Diese Wissenslücken schließt der vorliegende Beitrag.

### Teilhabechancen der Jugendlichen

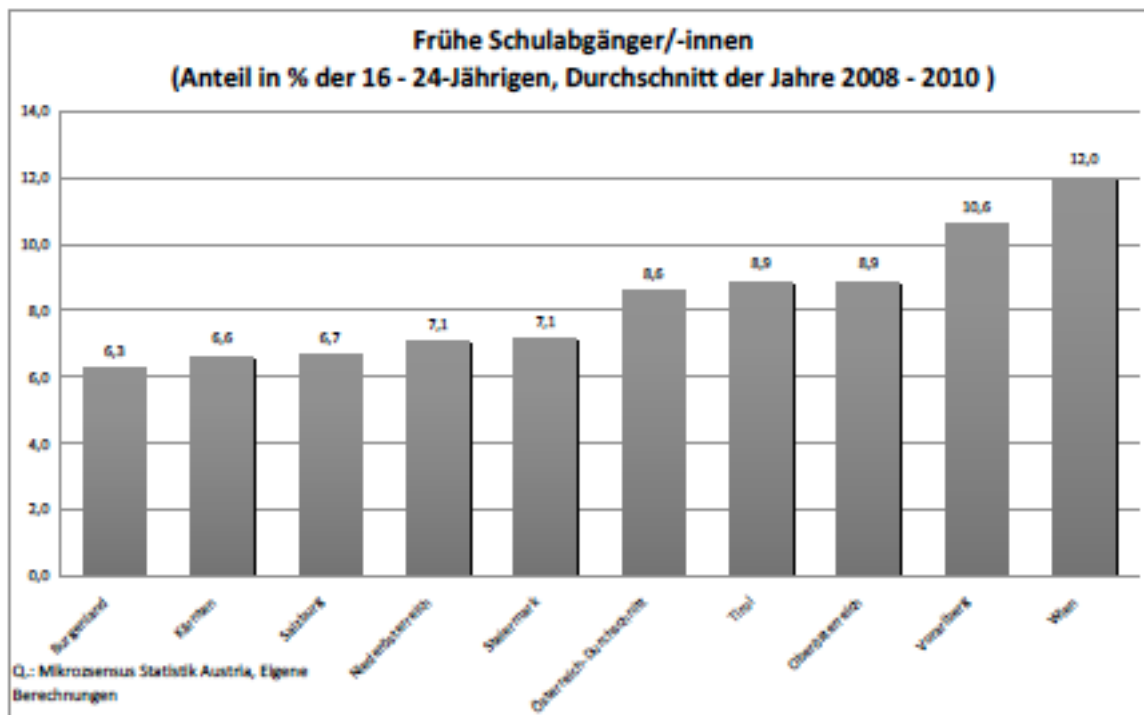
Die drei genannten Indikatoren geben Auskunft über ein unterschiedliches Ausmaß an Teilhabe(-chancen) der Jugendlichen bzw. über Desintegration. Beim Indikator „Jugendliche und Jungerwachsene mit geringer Bildung“ fließt nur der bisher erworbene Schulabschluss ein. Verfügt ein 20- bis 24-Jähriger zum Erhebungszeitpunkt maximal nur über den Abschluss einer einjährigen BMS, dann wird er dieser Gruppe zugeordnet. Die aktuelle Teilhabe im Bildungssystem, im Arbeitsmarkt oder in einer Trainingsmaßnahme ist irrelevant. Ein Jugendlicher/eine Jugendliche, der/die z.B. mit 18 eine BHS abgebrochen hat und anschließend mit einer Lehre begonnen hat, gehört mit 20 Jahren dieser Gruppe an, auch wenn er/sie die Lehre mit 21 Jahren erfolgreich abschließen wird. Definiert man Integration als Teilhabe in bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen (vgl. Nohlen 2010, S. 412) und folglich Desintegration als fehlende Teilhabe, dann misst dieser Indikator nur ein sehr allgemeines latentes Desintegrationsrisiko, da sich die betroffenen Jugendlichen durchaus noch im Bildungssystem befinden oder erwerbstätig sein können.

Die anderen beiden Indikatoren beziehen sich dagegen explizit auf die Teilhabe im Bildungssystem (frühe SchulabgängerInnen) und zusätzlich im Erwerbssystem (Jugendliche weder in (Aus-)Bildung noch in Beschäftigung und Training). Sie messen daher direkt Desintegration. Der Indikator der „frühen SchulabgängerInnen“ misst die Nicht-Teilhabe im Bildungssystem, wenn die Teilhabe im formalen Bildungssystem und an Trainingsmaßnahmen unter dem Bildungssystem subsumiert werden. Der Indikator „Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, noch Beschäftigung und Training“ misst die zumindest temporäre Exklusion aus dem (Aus-)Bildungs- und Erwerbssystem.

Denkt man sich Desintegration als Kontinuum mit unterschiedlichen Ausprägungen, so misst der Indikator „Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch Training“ ein sehr starkes Ausmaß an Desintegration und der Indikator „frühe SchulabgängerInnen“ ein hohes Ausmaß, während der Indikator „Jugendliche mit geringer Bildung“ die Gefährdung erfasst und erst empirisch geklärt werden muss, inwiefern diese Jugendlichen nicht mehr am Bildungs- und Erwerbssystem teilnehmen.

### Anzahl der von Desintegration gefährdeten Jugendlichen

Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 verfügen 14,6 Prozent bzw. rund 75.000 junge Menschen im



Alter zwischen 20 und 24 Jahren über einen geringen Bildungsabschluss. Im Vergleich zu den Jahren 2007 bis 2009 ist hier eine leichte Verbesserung festzustellen.

Zu den „frühen SchulabgängerInnen“ zählen in Österreich 8,6 Prozent der 16- bis 24-Jährigen. Zum Befragungszeitpunkt befinden sich hochgerechnet rund 79.000 Jugendliche nicht mehr im Bildungssystem und haben entweder keinen Schulabschluss, nur den Abschluss einer Pflichtschule oder einer maximal einjährigen Fachschule absolviert.

Beim dritten Indikator, der das stärkste Ausmaß an Desintegration von Jugendlichen misst, sind immer noch rund 75.000 Jugendliche, die sich weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter-) Bildungsmaßnahme befinden, betroffen. Dies sind österreichweit 8,2 Prozent der 16- bis 24-Jährigen. In Oberösterreich liegt der Wert mit 6,7 Prozent statistisch signifikant unter dem Durchschnitt. Betroffen sind hier ca. 11.000 Jugendliche. Die Werte für Oberösterreich streuen über die Jahre stark, sodass die Jahreswerte nur mit Vorsicht interpretiert werden sollten. Sowohl die großen Schwankungen als auch die im Vergleich zu Österreich geringeren Werte für Oberösterreich sind für Bacher und Tamesberger ein Hinweis für ein intensiveres Angebot an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in diesem Bundesland.<sup>2</sup>

### Sozialstrukturelle Zusammensetzung

In Bezug auf das Geschlecht zeigt sich, dass junge Männer im Alter zwischen 20 und 24 Jahren von „geringer Bildung“ mit 14,9 Prozent geringfügig stärker betroffen sind als junge Frauen (14,3%) im gleichen Alter. Die Anteile an „frühen SchulabgängerInnen“ sind zwischen jungen Männern (8,7%) und jungen Frauen (8,6%) in etwa gleich groß. Im Gegensatz zu den beiden ersten Indikatoren zeigt sich beim Indikator „weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch Training“, dass Frauen stärker betroffen sind als Männer. 8,9 Prozent der Frauen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren zählten zum Referenzzeitraum zu dieser Gruppe, der Anteil bei den männlichen Jugendlichen beträgt 7,5 Prozent. Die Differenz ist statistisch signifikant. Ein möglicher Grund hierfür liegt darin, dass männliche Jugendliche leichter Zugang zu Lehrstellen finden bzw. auch öfters Hilfstätigkeiten annehmen und somit aus diesem Indikator herausfallen.

Besonders auffällig erscheint die geringe Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund der 1. Generation, also von Jugendlichen, die erst nach der Geburt zugewandert sind, im österreichischen (Aus-) Bildungs- und Erwerbssystem. So verfügt mit 31,3 Prozent fast jede/r dritte Jugendliche der 1. Zuwanderergeneration im Alter zwischen 20 und 24 Jahren nur über eine geringe Bildung.



Auch die 2. Generation verbessert sich hier nicht signifikant. 28,7 Prozent der 20- bis 24-Jährigen der 2. Generation weisen in den Jahren 2009 und 2010 ebenfalls nur eine geringe Bildung auf. Vergleichsweise beträgt der Anteil bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund 11 bzw. 9,5 Prozent.<sup>3</sup>

Noch größer ist der Abstand zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund beim Indikator „frühe SchulabgängerInnen“. Mit 23,1 Prozent zählt fast jede/r vierte Jugendliche der 1. Generation dazu. Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund liegt der entsprechende bei 6,2 bzw. 5 Prozent. Allerdings schneidet hier die 2. Generation mit einem Anteil von 15,2 Prozent signifikant besser ab. Es gelingt somit, dass Jugendliche der 2. Generation länger im Schulsystem bleiben, im Querschnitt schlägt sich dies aber noch nicht in einer Abnahme des Anteils der Personen mit geringer Bildung nieder.

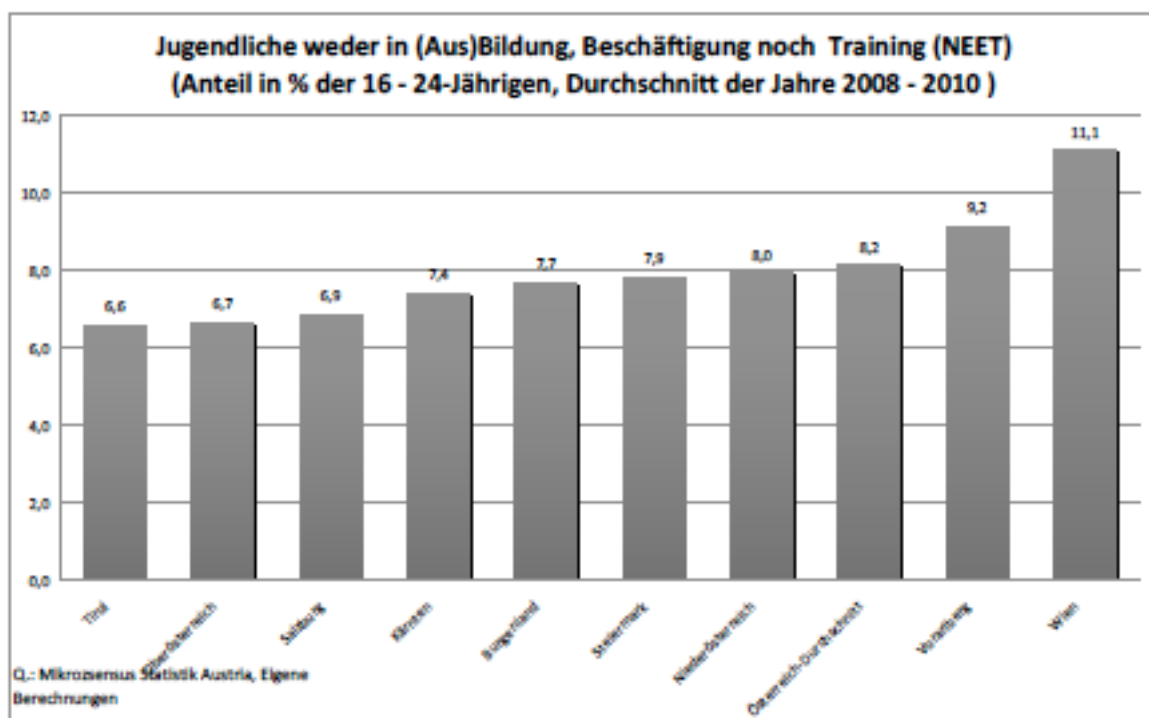
Beim dritten Indikator, der wie erwähnt ein sehr hohes Maß an Desintegration misst, zeigt sich, dass immer noch 18,5 bzw. 18,8 Prozent der Jugendlichen der 1. Generation im Alter zwischen 16 und 24 Jahren sich weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in Training befinden. Zwischen 1. und 2. Generation tritt eine signifikante Verbesserung von 18,8 auf 11,7 Prozent ein, was darauf zurückzuführen ist, dass die 2.

Generation länger im Schulsystem bleibt. Die Unterschiede zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind besorgniserregend und sollten Bacher und Tamesberger zufolge Anlass für entsprechende Gegenmaßnahmen sein.

### Risikofaktoren für die Desintegration von Jugendlichen

Eine simultane Analyse der Wirkung der sozialstrukturellen Merkmale verweist auf das hohe Risiko von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in allen drei Indikatoren. Für die 2. Generation fällt das Risiko im Vergleich zur 1. Generation etwas geringer aus. Je nach Indikator ist es aber immer noch 2,17-mal bis 3,78-mal höher als beim Fehlen eines Migrationshintergrunds. Durchgehend zeigt sich, dass das Risiko in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen höher ist als jenes der 16- bis 19-Jährigen. Signifikante Geschlechterunterschiede und Unterschiede nach Bundesländern sind bei multivariater Betrachtung allgemein nicht feststellbar.

Immerhin haben Mädchen der 1. Generation ein statistisch signifikant höheres Risiko als Burschen aus der 1. Generation, zumindest vorübergehend von sozialer Exklusion betroffen zu sein. Auch in der 2. Generation ist das Risiko der Mädchen erhöht, aber statistisch nicht signifikant. Kontrolliert man zusätz-



lich nach Altersgruppe, so zeigt sich, dass signifikante Geschlechterunterschiede nur unter den 20- bis 24-Jährigen der 1. Generation auftreten. Das mit der Gemeindegröße steigende Risiko von Desintegration ist gleichfalls durch den höheren Anteil an MigrantInnen in Städten zu erklären.

### Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Der Zusammenhang zwischen geringer Bildung bzw. unzureichender Qualifikation und dem erhöhten Risiko von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Unsicherheit ist unbestritten. Handlungsbedarf besteht nicht nur aufgrund der individuellen Schicksale und der hohen ökonomischen Kosten, sondern vor allem aufgrund der gesellschaftspolitischen Gefahren, die mit dem dauerhaften sozialen Ausschluss von jungen Menschen einhergehen können. Um die Anzahl der nicht oder nur mangelnd integrierten Jugendlichen im Bildungs- und Beschäftigungssystem zu senken, sind aus Sicht der Autoren präventive Maßnahmen, aber auch Interventionen notwendig.

An erster Stelle gilt es, präventiv die Bildungsbarrieren im Schulsystem selbst abzubauen. Ganztagschulen können hierfür einen wesentlichen Beitrag leisten, sofern die dadurch gewonnenen zeitlichen Ressourcen für eine individuelle Förderung genutzt werden. Dazu kann auch mehr schulische Autonomie beitragen, vorausgesetzt, dass Schulen mit schwierigeren Ausgangsbedingungen auch mehr Geld erhalten (vgl. Bacher/Altrichter/Nagy 2010). Schulische Autonomie ermöglicht eine Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten und erhöht das Leistungsniveau (vgl. Bacher/Leitgöb 2009), von dem auch leistungsschwächere SchülerInnen profitieren.

Curricular empfehlen die Autoren, mehr Gewicht auf die Basiskompetenzen in Mathematik und Sprachen zu legen, um den auch aus PISA bekannten Anteil an RisikoschülerInnen zu senken. Durch die hier nur skizzenhaft angeführten Maßnahmen werden die sogenannten primären Ungleichheiten abgebaut, die dadurch entstehen, dass die Schulleistungen von der sozialen Herkunft und nicht den Fähigkeiten und Begabungen der Kinder abhängen (vgl. Bacher 2005, 2008). Zum Abbau des darüber hinaus bestehenden sekundären Ungleichheitseffekts wäre die Einführung einer Gesamtschule zielführend (vgl. Bacher 2007).

Neben diesen allgemeinen präventiven Maßnahmen, die sich auf alle SchülerInnen beziehen, sind spezielle individuelle Fördermaßnahmen zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen und der Schulleistungen

für MigrantInnen und dabei insbesondere für jene der 1. Generation dringend geboten. Ohne mehr finanzielle Mittel wird dies nicht gehen und schulische Angebote reichen hierfür vermutlich nicht aus.

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann die Arbeitsmarktsituation von benachteiligten Gruppen verbessern. Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wurde, wird allerdings ein erheblicher Teil der Jugendlichen mit den bestehenden Instrumentarien der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht erreicht. Notwendig sind daher spezielle Interventionen, die besser auf die Bedürfnisse und Kompetenzen der benachteiligten Jugendlichen abgestimmt sind. Als zielführend haben sich für diesen Zweck Case-Management-Systeme herausgestellt.<sup>4</sup> Hier sollte auch verstärkt auf die besondere Situation von MigrantInnen, insbesondere auf jene der 1. Generation und auf jene von jungen migrantischen Frauen, eingegangen werden.

Als Maßnahmenlücke stellte sich in Oberösterreich das fehlende Angebot von speziell auf Jugendliche ausgerichteten Kursen zum Nachholen des Hauptschulabschlusses heraus (vgl. Gottwald /Lassnigg / Vogtenhuber, 2010, S. 30). Die Evaluierung der Jugendbeschäftigungsmaßnahmen in Oberösterreich zeigte weiters, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik frühzeitiger beginnen und das gesamte Umfeld von Jugendlichen (Schule, Familie, soziale Beziehungen, Freizeit, Arbeitsmarkt usw.) miteinbeziehen sollte (vgl. ebenda, S. 86). Gleichzeitig wäre es wichtig, mit diesen Maßnahmen die über 20-Jährigen zu erreichen, da die 20- bis 24-Jährigen ein höheres Desintegrationsrisiko haben.

Um Unterstützungsangebote adäquat zu gestalten, braucht es eine verstärkte Koordinierung und Vernetzung aller beteiligten AkteurInnen. Institutionsübergreifende Interventionen und Lösungen am Arbeitsmarkt können insbesondere durch regionale (Jugend-) Netzwerke, welche die Jugendlichen als „PartnerInnen“ miteinbeziehen, entstehen (vgl. Klingelmair / Bödenhofer 2009, S. 155f.).<sup>5</sup> „Anstelle eines Denkens in Zuständigkeiten soll ein Denken und Handeln in Verantwortlichkeiten treten“ (Heinrich-Böll-Stiftung 2008, S. 11).

*Quelle: Johann Bacher, Dennis Tamesberger: Junge Menschen ohne (Berufs-)Ausbildung. Ausmaß und Problemskizze anhand unterschiedlicher Sozialindikatoren; in: WISO 4/2011*

**Anmerkungen**

- 1 Unter dem Begriff „Jugendliche“ wird hier die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen bezeichnet.
- 2 So war die Schulungsquote für Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in Oberösterreich im Jahr 2012 mit 57,9 Prozent deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 50,8 Prozent (vgl. AMS-Datenbank 2011; eigene Berechnungen). Die Schulungsquote errechnet sich, indem man die SchulungsteilnehmerInnen in Verhältnis zu allen beim AMS als arbeitslos oder lehrstellensuchend (sofort und nicht sofort verfügbar) registrierten Jugendlichen desselben Alters stellt.
- 3 Der niedrigere Wert bezieht sich auf die Daten ab 2009. Erst seit diesem Jahr wird nach 1. und 2. Generation differenziert.
- 4 Als gute Modelle für Case Management gelten c'mon 14 und c'mon 17 in Wien (<http://www.cmon14.at/>; <http://www.cmon17.at/>)
- 5 Erfolgreiche Beispiele hierfür bestehen bereits im Salzkammergut (<http://www.arbeiterkammer.com/online/jugendnetzwerk-44300.html>) oder in Vorarlberg (<http://www.beschaeftigungspakt.at/gremien/beirat-fur-berufsorientierungjugendbeschaeftigung>)

**Literatur**

- AMS Datenbank (2011): Verfügbar unter <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start>, 1.11.2011
- Bacher, J./Altrichter, H./Nagy, G. (2010): Ausgleich unterschiedlicher Rahmenbedingungen schulischer Arbeit durch eine indexbasierte Mittelverteilung. *Erziehung & Unterricht*, Vol. 160, S. 384-400.
- Bacher, J. (2010): Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund. Ist-Situation, Ursachen und Maßnahmen. *WISO*, Vol. 33, Nummer 1, S. 30-45.
- Bacher, J. (2008): Bildungsungleichheiten in Österreich – Basisdaten und Erklärungsansätze. *Erziehung & Unterricht*, Vol. 158, S. 529-542.
- Bacher, J. (2007): Effekte von Gesamtschulsystemen auf Testleistungen und Chancengleichheit. *WISO*, Vol. 30, Nummer 2, S. 16-34.
- Bacher, J. (2005): Bildungsungleichheit und Bildungsbenachteiligung im weiterführenden Schulsystem Österreichs – Eine Sekundäranalyse der PISA2000-Erhebung. *SWS-Rundschau*, 45. Jg., S. 37-63.
- Bacher, J./Leitgöb, H. (2009): Testleistungen und Chancengleichheit im internationalen Vergleich. In: Schreiner, C./Schwantner, U. (Hg.): *PISA2006. Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschaftsschwerpunkt*. Graz, S. 195-206.
- Bacher, J. (2011): Beschäftigung und Bildung von Jugendlichen. In: *Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik*, 06/2011, S. 7-12.
- BALLweb (2011): Verfügbar unter <http://www.dnet.at/bali/>, 21.10.2011.
- Department for Education (DfE) (Ed.) (2011): *NEET Statistics – Quarterly Brief – Quarter 4 2010*, verfügbar unter <http://www.education.gov.uk/rsgateway/DB/STR/d000987/index.shtml>, 27.4.2011.
- Eichhorst, W./Thode, E. (2011): *Erwerbstätigkeit im Lebenszyklus. Benchmarking Deutschland: Steigende Beschäftigung bei Jugendlichen und Älteren*. IZA Research Report No. 34. Verfügbar unter [http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report\\_pdfs/iza\\_report\\_34.pdf](http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_34.pdf), 22.10.2011.
- European Commission (EC) (Hg.) (2011): *Early School Leaving*. Verfügbar unter [http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268_en.htm), 27.4.2011.
- Gottwald, R./Lassnigg, L./Vogtenhuber, S. (2010): *Projektbericht: Evaluierung von Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche in Oberösterreich*. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich, verfügbar unter: [http://www.arbeiterkammer.com/bilder/d134/IHS\\_Evaluierung\\_AKOOE\\_25112010.pdf](http://www.arbeiterkammer.com/bilder/d134/IHS_Evaluierung_AKOOE_25112010.pdf), 28.10.2011.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2008): *Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf. Damit Bildungsarmut nicht weiter vererbt wird*, verfügbar unter: [http://www.boell.de/downloads/bildungskultur/Bildungsgerechtigkeit\\_im\\_Lebenslauf.pdf](http://www.boell.de/downloads/bildungskultur/Bildungsgerechtigkeit_im_Lebenslauf.pdf), 22.10.2011.
- Klingelmair, R./Bödenhofer, H. J. (2009): *Benachteiligte Jugendliche – Ein Überblick über Probleme und Lösungsansätze im internationalen Vergleich*. In: Lassnigg, L. et al. (Hrsg.): *Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung*. Band 6, Innsbruck: StudienVerlag, S. 147-161.
- Lassnigg, L. et al. (Hrsg.) (2009): *Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung*. Band 6, Innsbruck: StudienVerlag.
- Lassnigg, L. (2010): *Materialien zum Arbeitsmarkt für Jugendliche in Österreich*. Verfügbar unter <http://www.equi.at/dateien/materialbd-jugend-am.pdf>, 20.10.2010.
- Nairz-Wirth, E./Mesching, A. (2010): *Early School Leaving: theoretische und empirische Annäherung*. *SWS-Rundschau*, 50 (4), 382-398.
- Nohlen, D. (2010): *Integration*. In: Nohlen, D./Schultze, R.: *Lexikon der Politikwissenschaften*. Band 1 A-M. 4. Aufl., München: C.H. Beck, S. 412-413.
- Peuckert, R./Scherr, A. (2010): *Integration*. In: Kopp, J./Schäfers, B. (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 10. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 116-118.
- Statistik Austria (Hg.) (2010): *Bildungsstand der Jugendlichen*. Verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/bildungsstand\\_der\\_jugendlichen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsstand_der_jugendlichen/index.html), 27.4.2011
- Statistik Austria (Hg.) (2011a): *Frühe Schulabgänge*. Verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/fruehe\\_schulabgaenger/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/fruehe_schulabgaenger/index.html), 27.4.2011
- Statistik Austria (Hg.) (2011b): *Mikrozensus ab 2004*. Verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/frageboegen/private\\_haushalte/mikrozensus/index.html](http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/mikrozensus/index.html), 27.4.2011

## Die Mär vom faulen Schüler widerlegt

Jenaer Erziehungswissenschaftler untersuchte die Lernmotivation bei SchülerInnen

SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben in Deutschland mehr Spaß am Lernen. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu: Bereits die PISA-Studie ermittelte eine solche Lernfreude bei Einwandererkindern. Doch neben den vielen Zahlen, wer wie gut und wie schlecht ist, schien kein Platz für solche positiven Nachrichten. Eine Studie hat nun genau untersucht, wie Kinder die Schule betrachten und was sie zum Lernen motiviert. Danach befragte der Erziehungswissenschaftler Carsten Rohlf s von der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1.689 Bremer SchülerInnen der Klassenstufen sieben und neun, die Hälfte davon mit Migrationshintergrund. „Es war mir sehr wichtig zu klären, welche Meinung Schüler über Schule haben“, erklärt der Jenaer Bildungsforscher die Motivation für sein Habilitationsprojekt. „Zu diesem Thema kursieren ja genug Klischeevorstellungen über unwillige und faule Schüler in der Öffentlichkeit.“

### Mehrzahl ist motiviert und lernfreudig

Dabei stellte Rohlf s fest, dass den meisten SchülerInnen Schule sehr wichtig ist und sie überwiegend positiv wahrgenommen wird. Insgesamt drei Viertel der Befragten sind motiviert, leistungsorientiert und außerdem sehr lernfreudig. Allerdings teilt sich diese Motivation in verschiedene Gruppen. Die Mehrheit von etwa 60 Prozent der SchülerInnen ist vor allem pragmatisch motiviert. Sie weiß zwar, wie wichtig Bildung, Schule und ein guter Abschluss sind, das geht aber auf Kosten des Spaßes beim Lernen. Zu dieser Gruppe zählen vor allem autochthone deutsche Kinder und Jugendliche. 13 Prozent der untersuchten Bremer SchülerInnen wissen zwar um die Bedeutung eines guten Schulabschlusses, fühlen sich aber nicht wohl in der Schule. Die „unzufrieden Gelangweilten“, wie Rohlf s sie nennt, haben oft sogar Angst, etwa vor dem Versagen. Auch diese Gruppe besteht hauptsächlich aus Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Sie steht im krassen Gegensatz zu den intrinsisch motivierten SchülerInnen, die bildungsbegeistert mit viel Interesse und Spaß versuchen, den Unterrichtsstoff aufzusaugen. Hier sind die EinwandererKinder eindeutig in der Überzahl. „Eigentlich müsste ja der Druck auf die Kinder mit Migrationshintergrund mindestens genauso groß sein wie auf einheimische, denn viele



Studienautor Carsten Rohlf s. Foto: Jan-Peter Kasper/FSU

Familien sehen natürlich in mehr Bildung auch den Schlüssel zu einem besseren Leben“, resümiert Rohlf s. „Aber erstaunlicherweise halten Neugier und Lernfreude dieser Belastung stand.“

### Unbewusste Diskriminierungen

Leider schlägt sich das seltener in den schulischen Leistungen nieder. Sprachschwierigkeiten etwa oder unbewusste Diskriminierungen durch die Institution Schule oder das Schulsystem lassen viele SchülerInnen mit schlechteren Zensuren nach Hause kommen. „Viele Studien belegen, dass Schüler mit Migrationshintergrund oft in ihrer Leistungsbereitschaft und ihrer Lernfreude ausgebremst werden, ohne dass sie etwas dafür können“, erklärt der Jenaer Erziehungswissenschaftler. „Sie bekommen beispielsweise seltener Empfehlungen für höhere Schulen, weil die Lehrer befürchten, dass die Eltern es sich notfalls nicht leisten könnten, Nachhilfestunden zu bezahlen.“ Gerade in öffentlichen Diskussionen, wie der angeblich so realitätsnah angelegten Sarrazin-Debatte, würden solche Tatsachen aber gern ausgeblendet.

Die Motivation aller SchülerInnen zu steigern, ist schon mit wenigen Mitteln möglich. „Wichtig ist, dass Schüler sich in eine Klasse eingebunden fühlen, sich also schon allein sozial wohl fühlen“, erklärt Carsten Rohlf s. „Sie sollten sich selbst als kompetent erleben, damit sie selbst wissen, was sie können. Außerdem sollten sie ein gewisses Mitbestimmungsrecht in der Schule haben, um sich aus sich selbst heraus motivieren zu können und nicht durch Druck von außen.“

Quelle: Pressemitteilung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 01.12.2010

## Schulfehlzeiten und Mobbing hängen oft zusammen

Wie häufig und warum gehen SchülerInnen nicht zur Schule? Forscher des Universitätsklinikums Heidelberg ermitteln deutschlandweit umfangreiche Daten dazu.

SchülerInnen, die – mit oder ohne Entschuldigung – dem Unterricht häufig fernbleiben, sind mit rund 16 Prozent doppelt so oft von Mobbing betroffen wie ihre MitschülerInnen. Dies zeigen erste Auswertungen einer Studie des Universitätsklinikums Heidelberg an Schulen der Stadt Heidelberg und des Rhein-Neckar-Kreises, die 2.700 SchülerInnen einbezieht. Sie liefert – erstmals in Deutschland – umfangreiche Daten zu den Fragen, wie häufig und aus welchen Gründen SchülerInnen nicht zur Schule gehen: 53 Prozent der Jugendlichen bleiben 2 bis 10 Tage pro Monat dem Unterricht entschuldigt fern, 6 Prozent mehr als 10 Tage. Unentschuldigt fehlen rund 17 Prozent der SchülerInnen pro Monat 1 bis 4 Tage, 4 Prozent mehr als 5 Tage. Die Forscher fanden außerdem: Ob entschuldigt oder nicht – häufiges Fehlen geht einher mit psychischen Problemen wie sozialer Angst oder Depression.

Die Heidelberger Studie unter Leitung von *Romuald Brunner*, Leitender Oberarzt an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, ist der deutsche Beitrag zu der von der Europäischen Union geförderten Studie „*Working in Europe to Stop Truancy Among Youth (WE-STAY)*“: In fünf europäischen Ländern und Israel werden aktuell rund 10.000 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren untersucht. Auch Eltern und LehrerInnen werden einbezogen. Ziel ist es, das gesellschaftliche Problem Schulfehlzeiten zu erfassen und zu ermitteln, welche Präventionsprogramme hilfreich sind.

### 60 Prozent der SchülerInnen fehlen auffällig oft mit Entschuldigung

Brauchbare Daten zu Schulfehlzeiten gibt es kaum. Um diese Informationslücke zu schließen, haben die Heidelberger Wissenschaftler im Oktober 2011 ihre Studie an Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien gestartet. 2.700 SchülerInnen der 8. und 9. Klassen haben – freiwillig und mit Einverständnis ihrer Eltern – zuerst einen ausführlichen Fragebogen beantwortet. Neben den reinen Schulfehl-

zeiten beantworteten die SchülerInnen auch Fragen zu Themen wie Angst, Depressivität, Sozialverhalten und Mobbing. Auffällige SchülerInnen wurden von den Experten der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie beraten.

„Uns hat vor allem überrascht, wie häufig Schüler mit Entschuldigung dem Unterricht fernbleiben“, berichtet Professor Brunner. Rund 60 Prozent der SchülerInnen zeigten hier riskante Fehlzeiten von 2 bis 10 Tagen bzw. sogar auffällig hohe Fehlzeiten von mehr als 10 Tagen pro Monat. „Wir konnten außerdem zeigen, dass häufiges Fehlen einhergeht mit einem gestörten Sozialverhalten und zum Teil auch mit Depression.“ So gaben betroffene SchülerInnen z.B. an, sich wertlos zu fühlen, Interesse an Mitmenschen verloren zu haben oder leicht reizbar zu sein.

Ein weiteres auffälliges Ergebnis: Während acht Prozent der Mädchen, die nie unentschuldigt fehlen, von Mobbing Erfahrungen berichten, sind es bei den häufig unentschuldigt fehlenden Schülerinnen mit 16 Prozent doppelt so viele. Bei häufigem Fehlen mit Entschuldigung sind die Auswirkungen auf die Buben besonders ausgeprägt: Rund 17 Prozent sind von Mobbing betroffen, bei den unauffälligen Schülern nur 6,5 Prozent.

### Welche Präventionsprogramme wirken?

Nach der Eingangsuntersuchung wurden die SchülerInnen – wenn sie und ihre Eltern damit einverstanden waren – nach dem Zufallsprinzip einem von vier Präventionsprogrammen zugeteilt. Die Programme liefen acht Wochen, wobei jeweils an einer gesamten Schule nur eine der nachstehenden Präventionsmaßnahmen durchgeführt wurde:

- a) Die *Schulfehlzeiten-Kontrolle* ist eine Minimalintervention mit dem Ziel, Schulfehlzeiten zu verringern, ohne eine Intervention auf die seelische Gesundheit und das Wohlergehen der Jugendlichen durchzuführen. Dabei werden die Fehlzeiten der SchülerInnen erfasst und ihnen am Ende rückgemeldet.
- b) *Schulfehlzeiten-Kontrolle plus professionelle Beratung*: Hier werden die RisikoschülerInnen vermittels Fragen zu Schulfehlzeiten sowie zu Verhaltens- und emotionalen Auffälligkeiten durch kinder- und jugendpsychiatrische Fachkräfte untersucht und bei Bedarf einer Therapie zugeführt. Falls sich in diesem Beratungstermin herausstellt, dass weitere Unterstützung notwendig ist, wird professionelle Hilfe empfohlen und vermittelt.

## Prävalenz

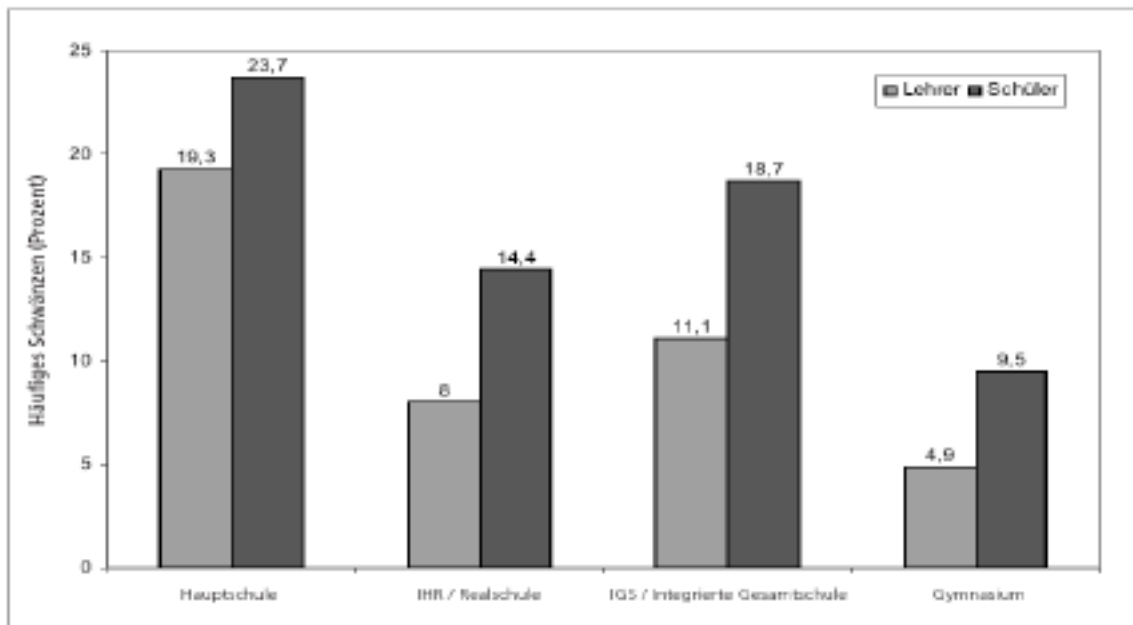


Abb. 1: Häufiges Schwänzen (5 Tage und mehr) aus Schöler- und Lehrersicht nach Schulform (nach Wilmers et al. 2002, 297)

- c) *Schulfehlzeiten-Kontrolle plus Schülertraining*: Hier werden die SchülerInnen von StudienmitarbeiterInnen in der Schule intensiv über Schulvermeidung und deren Ursachen aufgeklärt. Dies geschieht durch spezielle Flugblätter, Poster (inklusive Telefonnummern und Adressen für Hilfestellungen) sowie eine Unterrichtseinheit zu diesem Thema.
- d) Im *Kombinationsarm* werden in den ersten vier Wochen die Maßnahmen der professionellen Beratung und in den verbleibenden vier Wochen die des Schülertrainings durchgeführt. Auch hier findet gleichzeitig die Schulfehlzeiten-Kontrolle statt.

Untersuchungen nach drei und nach zwölf Monaten sollen den Wissenschaftlern zeigen, welche Maßnahmen dazu beitragen, Schulfehlzeiten zu vermeiden. Mit Ergebnissen rechnen die Wissenschaftler im Frühjahr 2013.

### Bildungspolitische Herausforderung

„Schulfehlzeiten sind eine gesellschaftliche, bildungspolitische und medizinische Herausforderung“, sagt Studienarzt *Christoph Lenzen*. „Schöler mit häufigen Fehlzeiten machen sich meist keine schöne Zeit außerhalb der Schule, wie oft vermutet wird.“ Er beobachtet bei Betroffenen in der Klinik oft psychosomatische Beschwerden wie Schwindel, Bauschmerzen und

Übelkeit. „Psychische Probleme wie Angst, Depression und Aufmerksamkeitsstörungen oder soziale Probleme wie Mobbing müssen frühzeitig erkannt und behandelt werden.“ Neben geeigneten Präventionsprogrammen für SchülerInnen sei auch eine bessere Vernetzung von Schulen, Eltern und Behörden, Ärzten, Kliniken und weiteren Anlaufstellen notwendig. „Oft wissen Eltern gar nicht, dass ihr Kind in der Schule fehlt oder die Schule wird nicht informiert, wenn das Kind zuhause bleibt.“ Außerdem müsse die Frage an Eltern und Ärzte erlaubt sein, warum SchülerInnen so häufig mit Entschuldigung fehlen.

Auf Seiten der SchülerInnen sieht Dr. Lenzen eine hohe Bereitschaft, sich mit den Themen Schulfehlzeiten und seelische Gesundheit zu beschäftigen. „Wir bekommen viele positive Rückmeldungen.“ Viele SchülerInnen nutzen außerdem die Möglichkeit, im Rahmen der Studie Kontakt zu einem Experten aufbauen zu können.

*Quelle: Annette Tuffs: Heidelberger Studie mit 2.700 Schöler zeigt: Häufige Schulfehlzeiten gehen einher mit Mobbing. Pressemitteilung des Universitätsklinikums Heidelberg, 05.07.2012*

## Schulsozialarbeit – beratend, vermittelnd und präventiv

Eine Drehscheibe zwischen SchülerInnen, Lehrpersonen und Eltern

### Schule im Wandel – neue Herausforderungen

Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte führten zu veränderten Anforderungen an das System Schule. Die Hauptfunktionen der Pflichtschule seit den 50er Jahren, die der Wissensvermittlung und der Verteilung von Bildungs- und Berufschancen nach dem Leistungsprinzip, stimmen nur noch teils mit den Anforderungen der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft überein. Deshalb muss sich das Bildungssystem neuen Herausforderungen stellen.

Veränderte Arbeitsbedingungen, individuelle Lebensläufe und Familienformen haben dazu geführt, dass die Sozialisation und Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht mehr größtenteils von Familien geleistet werden kann. Alternativangebote wurden und werden entwickelt, mit dem Ziel, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung familienergänzend anzubieten.

Das Bildungssystem sah sich mit der gesellschaftlichen Erwartung konfrontiert, diese familienergänzende Erziehungseinrichtung sein zu müssen. Hier sollen

dem heranwachsenden Kind wichtige gesellschaftliche Werte, Normen, soziale und personale Kompetenzen beigebracht sowie sozioökonomische Benachteiligungen nivelliert werden.

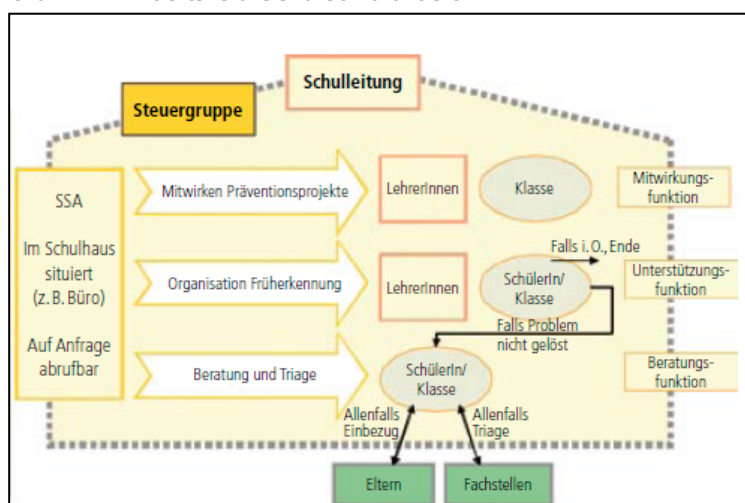
Die Weiterentwicklung der Schule im Hinblick auf die veränderten neuen Anforderungen benötigt zusätzliche Ressourcen und Qualifikationen, um diese Anpassungen vollbringen zu können. Häufig wird an dieser Stelle der Ruf der Schulen nach externer Unterstützung deutlich hörbar.

### Schulsozialarbeit als Unterstützungsangebot

Die Schulsozialarbeit definiert sich als Angebot der Jugendwohlfahrt, das mit der Schule in verbindlicher und gleichberechtigter Form kooperiert. Ihr Ziel ist es, „junge Menschen in ihrer individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung zu fördern, Bildungsbenachteiligungen zu vermeiden und abzubauen, Erziehungsberechtigte und LehrerInnen bei der Erziehung (...) zu beraten und zu unterstützen“ (Speck 2007, S. 28). Schulsozialarbeit soll darüber hinaus zu einer lebenswerten und schülerInnenfreundlichen Schulkultur beitragen.

Die systemische Arbeits- und Grundhaltung von Schulsozialarbeit führt zu einem beratenden, vermittelnden, präventiven und intervenierenden Handeln, das sich durch Transparenz, Ziel-, Lösungs- und Ressourcenorientierung, Niederschwellig- und Freiwilligkeit auszeichnet. Hierzu adaptiert Schulsozialarbeit Methoden und Grundsätze aus den Professionen der Sozialen Arbeit auf das System Schule.

Grafik 1: Arbeitsfeld Schulsozialarbeit



Quelle: Gschwind, Gabriel-Schärer, Hafén (2008): Eine Disziplin – viele Aufgaben. In: Sozial Aktuell 1/ 2008

### Aufgaben und Funktionen von Schulsozialarbeit

In Grafik 1 wird die Komplexität des Arbeitsfeldes Schulsozialarbeit mit seinen verschiedenen Interessensgruppen, Prozessen, Aufgaben- und Wirkungsbereichen dargestellt und anschließend kurz erläutert.

Wird Schulsozialarbeit im System Schule implementiert, kann sie auf drei Ebenen wirksam werden: a) Beratung und Triage von problembelasteten SchülerInnen, b) Früherkennung von problematischen Entwicklungen und c) Präventionsprojekte.

ad a) Die Schulsozialarbeit berät und begleitet Kinder und Jugend-

liche, einzeln, in Gruppen oder der gesamten Klasse in psychosozialen Problemstellungen. Aufgrund des systemischen, lösungsorientierten Handlungsansatzes sind für Hilfestellungen nach Bedarf Erziehungsberechtigte sowie andere ExpertInnen hinzuzuziehen.

Anlass für den Erstkontakt der Kinder und Jugendlichen mit der Schulsozialarbeit sind diverse familiäre, schulische oder soziale Belastungen. Häufig treten im Zuge dieser Kontakte andere Themen in den Vordergrund und die Miteinbeziehung der Eltern wird notwendig. In der Praxis nimmt die problembezogene Beratung durch die Dringlichkeit der individuellen und gruppenbezogenen psychosozialen Fragestellungen die Vorrangstellung ein. Dabei darf die Wichtigkeit präventiver Maßnahmen mit ihrem Ziel, psychosoziale Gefährdungen von Heranwachsenden abzubauen oder gar zu verhindern, nicht aus den Augen verloren werden.

ad b) Auf der Ebene der Früherkennung bedarf es einer Rollen- und Funktionsklärung zwischen Schulsozialarbeits- und Schulpersonal. Vereinbart werden Abläufe, die die vernetzte, koordinierte und gleichberechtigte Zusammenarbeit des Systems Schule mit allen beteiligten Personengruppen garantieren sollen. Bewährt haben sich diese Verfahren zum Beispiel beim Verdacht auf Drogenmissbrauch, Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, Umgang mit Gewalt- und Gewaltandrohung, Suspendierungen etc. Früherkennung ist darauf ausgerichtet, potentiell gefährdete Kinder aufzufangen, Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte in Prozesse einzubeziehen und zu unterstützen.

ad c) Die dritte Ebene, die Mitwirkung bei Präventionsprojekten, eröffnet Schule und Schulsozialarbeit eine unermessliche Vielfalt an Möglichkeiten an themenbezogenen Projektarbeiten – nach Bedarf unter Einbezug weiterer externer psychosozialer Einrichtungen. SchülerInnenpartizipation, Suchtprävention, Sexualpädagogik, soziales Kompetenztraining, Selbstbehauptung, Buben- und Mädchenarbeit sind nur einige Projekte, die an Vorarlberger Schulen bereits mit Schulsozialarbeit umgesetzt wurden.

### **Strukturelle Positionierung und Leistungsausrichtung**

Ob Schulsozialarbeit entsprechend der obigen Beschreibung in der Praxis erfolgreich ist, ob sie den Zielvorstellungen der unterschiedlichen Interessensgruppe genügt und nachhaltig im Sinne der SchülerInnen wirksam werden kann, hängt von einer Vielzahl unterschiedlichster Faktoren ab: den spezifischen Standortbedingungen, der Wahl des Kooperationsmodells zwischen Schule und Schulsozialarbeit, den

strukturellen und organisatorischen Prozessen ihrer Implementierung, den jeweiligen Rahmenbedingungen in zeitlicher, personeller und räumlicher Hinsicht sowie dem Handeln der konkreten Personen und Gruppen im Schulsystem.

Unserer Meinung nach muss Schulsozialarbeit in den Räumlichkeiten der Schule tätig sein. Durch die hohe zeitliche Präsenz ist die niederschwellige Erreichbarkeit für die Zielgruppen gewährleistet. Dadurch kann es auch gelingen, dass Schulsozialarbeit zu einem anerkannten Subsystem des Systems Schule wird und aktiv an der Schulhausentwicklung mitwirkt. Kooperatives und gleichberechtigtes Arbeiten zwischen Schule und Sozialer Arbeit hat sich in der Praxis bewährt. Mit den Anbietern psychosozialer oder sozialpädagogischer Leistungen außerhalb der Schule muss Schulsozialarbeit eng zusammenarbeiten. Hier übernimmt sie zum Teil beratende oder unterstützende, nicht aber operative, zentrale Aufgaben.

### **Schulsozialarbeit in Vorarlberg**

Die Schulsozialarbeit hat in Vorarlberg einen guten Ruf. Vieles spricht dafür, die gängige Praxis in Vorarlberg weiterzuführen, in der die Schulsozialarbeit von einer unabhängigen psychosozialen Organisation angeboten wird. Die Unabhängigkeit von Schul- und Jugendwohlfahrtsbehörde sichert die Prinzipien der Parteilichkeit und der Vertraulichkeit gegenüber den Kindern und Jugendlichen.

Seit ihrem Beginn im Jahre 2001 wird Schulsozialarbeit vom Institut für Sozialdienste (IfS) durchgeführt. Sie startete damals als Pilotprojekt an zwei Hauptschulen in Bregenz und wurde rasch zum wichtigen Bestandteil der Schulprofile. Derzeit wird IfS-Schulsozialarbeit an vierzehn Standorten – zehn Mittelschulen, zwei Sonderpädagogischen Zentren und zwei Polytechnischen Schulen – angeboten. Hier arbeiten acht IfS-MitarbeiterInnen in Teilzeitanstellung. Finanziert wird die Schulsozialarbeit von der Jugendwohlfahrt des Landes Vorarlberg und von den jeweiligen Gemeinden, in denen diese spezielle Dienstleistung an Schulen besteht.

Das steigende Interesse von Gemeinden und Schulen an der IfS-Schulsozialarbeit kann als Indiz für die Etablierung der bisher geleisteten Arbeit gewertet werden. Die gleichrangige Kooperation mit den Schulen und ihren SystempartnerInnen findet sich in allen standortspezifischen Konzepten, die in ihrer Ausrichtung und Zielsetzung die besonderen Erfordernisse und Bedingungen berücksichtigen. Allen Standorten der Schulsozialarbeit gemeinsam ist die relativ hohe zeitli-



che Präsenz vor Ort. Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche mehrmals pro Woche, zum Teil auch täglich und zu fixen Zeiten, die Möglichkeit haben, Kontakt mit der/dem SchulsozialarbeiterIn aufzunehmen und Beratungstermine zu vereinbaren. Die MitarbeiterInnen der IfS-Schulsozialarbeit sind darüber hinaus bemüht, ihre Rolle als externe und doch integrierte Akteure im Schulhaus einzunehmen und die Rechte der Kinder als Leitlinie ihres Handelns zu vertreten.

*Elisabeth Egender, Karin Moratti*

## Schulskosten gefährden Bildungszugang

**Eine von der Arbeiterkammer Oberösterreich in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass überbordende Schulkosten viele Familien massiv belasten und die soziale Ungleichheit beim Bildungszugang verstärken. Rund 60 Prozent der Eltern geben über 1.500 Euro pro Jahr für den Schulbesuch ihrer Kinder aus.**

Für öffentliche Schulen ist in Österreich die Schulgeldfreiheit gesetzlich verankert. Trotzdem kostet der Schulbesuch beträchtliche Summen. Eine von der AK Oberösterreich beauftragte Studie liefert erstmals fundierte Aussagen zur Höhe der Schulkosten: Das Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE) führte im Schuljahr 2010/11 in mehreren Wellen eine Online-Erhebung mit insgesamt mehr als 3.000 befragten Müttern und Vätern durch.

Oberösterreichs Eltern geben pro Schuljahr durchschnittlich rund 2.500 Euro für den Schulbesuch ihrer Kinder aus. Für das einzelne Schulkind fallen jährliche Kosten von rund 1.350 Euro an. Die Höhe der Jahreschulskosten variiert stark nach Schulstufe und Schultyp. Die größten „Schulkostentreiber“ sind Schulveranstaltungen sowie Ausgaben für Schulmaterialien, wobei hier oft viele kleinere Beträge zu hohen Gesamtsummen führen. Andere Kosten – wie für private Nachhilfe und Nachmittagsbetreuung – betreffen zwar nur einen Teil der Eltern, diesen aber stark.

Eltern begegnen der Schulkostenflut durch striktes Sparen in allen Bereichen, das Leisten von Überstun-

### Literatur

- Gschwind, Kurt; Gabriel – Schärer, Pia; Hafen, Martin (2008): Eine Disziplin – viele Aufgaben. Schulsozialarbeit zwischen Prävention, Früherkennung und Behandlung. In: SozialAktuell 1/2008
- Speck, Karsten (2006): Schulsozialarbeit. Eine Einführung. Stuttgart

Erstabdruck in: [www.ifs.at](http://www.ifs.at), Nr. 5 / November 2011

den, Teilnahmeverzicht an Schulveranstaltungen (z.B. Schikurse) und mit kostenbewussten Einkäufen. Trotzdem scheitern Bildungskarrieren an den finanziellen Möglichkeiten. Dass Kinder aus weniger wohlhabenden Familien von Bildung ausgesperrt oder benachteiligt werden, könne nicht hingenommen werden, so der oberösterreichische AK-Präsident Johann Kalliauer.

### Vorgeschlagene Maßnahmen

Zur Senkung der Schulkosten schlägt die AK eine Reihe von Maßnahmen vor, allen voran die Einführung einer flächendeckenden, gebührenfreien ganztägigen Schule, da die Halbtagschule zu wenig Verantwortung für die Lernergebnisse der Kinder übernehme. Attraktive ganztägige Schulformen könnten – wenn in der Schule mehr geübt und gefördert wird – teure Privatnachhilfe eindämmen. Und die Ganztagschule hebe auch die Kosten für Nachmittagsbetreuung auf.

Wenn Schulveranstaltungen einen nachweislichen Nutzen für die Kinder haben (z.B. mehr Lernerfolg, interkulturelle Erfahrungen...), sollten sie generell gratis im Rahmen des Normalunterrichts angeboten werden. Viele Eltern könnten sich dann hunderte Euro pro Schuljahr sparen.

Die Schulbeihilfen müssten sozial gerechter werden: Laut AK würden derzeit Selbständige und Landwirte massiv bevorzugt. Die Arbeitnehmerorganisation tritt für eine Schulbeihilfe schon ab der 9. Schulstufe sowie für eine jährliche Wertsicherung ein.

Die Schulen könnten den Eltern auch viel Geld sparen, wenn die Material-Anforderungen der Schule bescheidener und die Organisation effizienter würden. Die Arbeiterkammer wünscht sich diesbezüglich „mehr Transparenz, Vorgaben mit Augenmaß und mehr Mitbestimmung“.

*Quelle: AKOÖ-Mediendienst Nr. 10130, 27.01.2012*

## Fehlender Zugang zur Mindestsicherung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) kritisiert, dass in mehreren österreichischen Bundesländern alleinstehende Jugendliche (unter 18) keinen eigenständigen Zugang zu Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) haben. Die BAWO fordert die betreffenden Landesregierungen auf, diesen Missstand zu beheben und den Jugendlichen einen Rechtsanspruch auf Existenzsicherung einzuräumen.

Michaela, 17 Jahre, ist wohnungslos, mittellos und seit einem halben Jahr arbeitslos. Sie hat die Lehre abgebrochen und wegen eines problematischen Familienhintergrundes kein Kontakt mehr zu den Eltern. Vorübergehend kann sie bei einer Freundin übernachten, in einer Woche steht sie auf der Straße. Sie wendet sich an eine Notschlafstelle.

Tom, 15 Jahre, ist von zu Hause geflüchtet. Er hat die Schule abgebrochen, kein Einkommen und keine Möglichkeit bei FreundInnen oder Bekannten unterzukommen. Tom weiß nicht mehr weiter und wendet sich an eine Notschlafstelle.

Je nachdem, in welchem Bundesland sich Michaela und Thomas befinden, werden sie unterschiedliche Unterstützung erhalten. Das betrifft zum einen die Frage, ob es überhaupt eine Anlaufstelle für Jugendliche in Wohnungsnot gibt. Das ist aktuell nur in sieben von neun Bundesländern der Fall. Sowohl das Burgenland als auch Vorarlberg kennen keine entsprechenden Angebote. In den anderen Bundesländern gibt es diese Anlaufstellen nur in den Landeshauptstädten (Ausnahme Liezen). Jugendliche aus kleineren Städten bzw. ländlichen Bezirken müssen im Bedarfsfall in die nächste größere Stadt ausweichen.

Ein Großteil der Jugendlichen, die sich an niederschwellige Einrichtungen für Jugendliche in Wohnungsnot wenden, verfügt über keine oder zu wenig finanzielle Mittel, um den Lebensunterhalt zu sichern. Eine gesicherte Existenz und eine sichere Wohnmöglichkeit sind allerdings wichtige Voraussetzungen dafür, dass die Jugendlichen wieder Perspektiven entwickeln und bestehende Problemlagen bearbeiten

können. Dementsprechend zentral ist die Frage, ob diese Jugendlichen einen eigenständigen Anspruch auf Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) haben und inwieweit dieser in Anspruch genommen werden kann.

### Uneinheitliche Verwaltungspraxis

Wie die BAWO anhand der nachstehenden Praxisbeispiele aufzeigt, sind auch in dieser Frage im föderalen System begründete Unterschiede maßgeblich:

*St. Pölten:* In Niederösterreich ist ein Zugang zur BMS für minderjährige Personen ausgeschlossen – sie haben kein Recht, einen eigenständigen Antrag zu stellen. Mit dem Argument, dass durch die Aufnahme in der Jugendnotschlafstelle ohnedies die Grundversorgung gewährleistet wäre, lehnen die Sozialämter eingebrachte Anträge auf Mindestsicherung einfach ab – es gibt somit auch keinen ablehnenden Bescheid, gegen den eventuell Berufung eingelegt oder ein analoges Rechtsmittel ergriffen werden könnte. Auch der Versuch, über das AMS entsprechende Anträge einzubringen, hat an dieser Praxis nichts geändert. Die materielle Versorgung wird über einen Privatrechtsvertrag zwischen Land und Notschlafstelle gesichert.

*Graz:* In der Steiermark liegt die sachliche Zuständigkeit für minderjährige Personen bei der Jugendwohlfahrt, die in der Regel anstelle eines Zugangs zur BMS bestenfalls eine freiwillige Zuwendung in der Höhe des Taschengelds, d.h. der Leistung für minderjährige Mitunterstützte, bewilligt. Als problematisch erachtet die BAWO weiters, dass die AntragstellerInnen in Graz zumindest drei Monate hier aufhältig sein müssen, weil es sonst keine Zuständigkeit gibt und dementsprechend keine Anträge auf BMS angenommen werden.

*Wien:* Für die jungen NutzerInnen der Nächtigungsangebote in Wien ergibt sich als letztlich unüberbrückbares Problem, dass die Aufenthaltsdauer in der Jugendnotschlafstelle mit fünf Nächten wesentlich kürzer ist als die Wartezeit auf die erste BMS-Auszahlung bei Neuanträgen. Darauf müssen die AntragstellerInnen häufig bis zu acht Wochen warten – bis dahin sind laut BAWO viele Jugendliche längst schon „verloren“ und in die verdeckte Wohnungslosigkeit abgeglitten.

*Klagenfurt:* Auch in Kärnten wird Jugendlichen ein eigenständiger Zugang zur BMS verweigert. Entsprechend groß sind die Probleme der Sozialeinrichtungen, minderjährige Personen in Wohnungslosigkeit bei der Sicherung ihrer eigenständigen Existenz zu unterstützen.

Somit kann festgehalten werden, dass die Situation in Österreich äußerst uneinheitlich ist. Während es in manchen Landeshauptstädten (z.B. Innsbruck, Linz) relativ gut aussieht, ist die Existenzsicherung für hilfesuchende Jugendliche, die in kleineren Gemeinden im ländlichen Raum leben, zum Beispiel im Salzkammergut, nicht gegeben. Abseits der Bezirks- oder Landeshauptstädte gibt es letztlich keine adäquaten Beratungsangebote für Jugendliche. Anstelle einer durchgängigen Existenzsicherung von minderjährigen Personen in kritischen Lebenssituationen konstatiert die BAWO „ein Durchwursteln mit eher unklaren Rechtsansprüchen (siehe Graz), administrative Unfähigkeit und extreme Wartezeiten (Beispiel Wien) oder die völlige Verweigerung von sozialer Sicherheit für minderjährige Alleinstehende (St. Pölten / Klagenfurt)“.

### Diskriminierungsstopp gefordert

Die Sozialorganisation sieht in der Verweigerung des Zugangs bzw. der nicht gewährleisteten Existenzsicherung von Jugendlichen in (Wohnungs-)Not eine Diskriminierung, weil Jugendlichen der Zugang zur BMS verweigert wird, die das Pech haben, im „falschen“ Bundesland zu leben.

Deshalb fordert die BAWO die Landesregierungen von Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Vorarlberg und Wien auf, alleinstehenden Minderjährigen einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass das Menschenrecht auf Schutz vor Armut auch für Jugendliche, die aus welchen Gründen auch immer nicht mehr zu Hause wohnen können, umgesetzt wird. Als Sofortmaßnahmen werden eine Neuorientierung der administrativen Regelungen des Zugangs zur BMS in Wien und in der Steiermark sowie eine entsprechende Novellierung der BMS-Gesetze in Kärnten und Niederösterreich urgiert, damit Jugendliche im Bedarfsfall zu ihrem Recht auf Schutz vor Armut kommen.

Da es hierzulande bislang keine bundesweiten Daten und wissenschaftlichen Untersuchungen über die lebensweltlichen Rahmenbedingungen und Bedarfslagen gibt, unter denen minderjährige Alleinstehende in existenzieller (Wohnungs-)Not überleben müssen, wird die Bundesregierung aufgefordert, eine österreichweite Studie zur Situation von Jugendlichen in Wohnungsnot bzw. Wohnungslosigkeit in Auftrag zu geben. Schwerpunkte der Untersuchung sollten nach Ansicht der BAWO der Zugang zu Leistungen der BMS, das Angebot von sozialer Unterstützung durch niederschwellige Anlaufstellen und Notschlafstellen,

die Schnittstelle zwischen Jugendwohlfahrt einerseits und Wohnungslosenhilfe für Erwachsene andererseits sowie regionale Disparitäten in der jugendspezifischen Infrastruktur und deren Auswirkungen sein.

Das Beispiel der verweigerten Existenzsicherung für minderjährige Alleinstehende in Wohnungsnot zeigt für die BAWO-Verantwortlichen schließlich auf, dass eine nachträgliche Ratifizierung der entsprechenden Regelungen der Europäischen Sozialcharta (§30: Recht auf Schutz vor Armut, §31: Recht auf Wohnen) durch die österreichische Bundesregierung „mehr als überfällig“ ist. Dem Argument, Österreich müsse diese Paragraphen nicht ratifizieren, weil diese Bestimmungen im österreichischen Sozialrecht ohnedies bereits bestens erfüllt wären, kann man vor dem Hintergrund der aufgezeigten Ungleichbehandlung von Jugendlichen nichts abgewinnen. Die Forderung, einen eigenständigen Anspruch auf Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung erheben zu können, wird im Übrigen auch vom bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA) unterstützt, das darin einen Ausdruck gleichberechtigter Teilhabe und des Ernst-Nehmens junger Menschen in Österreich sieht.

Quelle: BAWO-Presseaussendung vom 26.06.2012

### Broschüre „wertes unwertes Leben“

*Die BIZEPS-Broschüre, die den Umgang zur NS-Zeit mit behinderten Menschen behandelt, liegt nun in einer überarbeiteten und stark erweiterten Ausgabe vor.*

*Sie beinhaltet nun auch eine detaillierte Beschreibung der Tötungsanstalt Hartheim, die einen beklemmenden Einblick in die Vernichtung von Menschen mit Behinderungen gibt. Weiters findet man ausführliche Artikel zu zwei bekannten NS-Ärzten, die in der Nachkriegszeit Karriere gemacht haben. Ergänzt werden die Beiträge mit einem Bericht über sogenannte „Gehirnpräparate“ und den Umgang damit sowie mit einem kurzen Artikel über die Gehörlosengemeinschaften in und nach der NS-Zeit.*

*Die Broschüre umfasst 84 Seiten und ist im A5-Format verfügbar. Preis : EUR 6,90 plus Porto. Bestellungen unter: <http://www.bizeps.or.at/folder.php#leben>*

## Wege aus der Krise

Bei der internationalen Sommerakademie auf der „Friedensburg Schlaining“ fand ein Dialog für eine humane und zukunftsfähige Welt statt, dessen Ergebnisse in das „Manifest von Schlaining“ einfließen. Auch die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) konnte mit Expertise zur Tagung beitragen.

An die 160 TeilnehmerInnen diskutierten bei der Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) vom 1. bis 6. Juli 2012 auf Burg Schlaining „Wege aus der Krise“. In sechs Panels und neun Workshops mit internationalen ExpertInnen wurden „Ideen und Konzepte für Morgen“ entwickelt. Es ging um „Perspektiven für die Demokratie“, eine „Zähmung oder Überwindung des Kapitalismus“, „Energie- und Ernährungssouveränität“, „Verteilungsgerechtigkeit“ sowie um das „Modell Europa“ mit seinen „doppelten Standards“ (Werner Wintersteiner) etwa hinsichtlich Menschenrechten oder Waffengeschäften.

Weitgehend Einigkeit herrschte darüber, dass ökologische Nachhaltigkeit nicht allein durch bessere Effizienztechnologien erreicht werden kann, sondern auch neue Zukunftsbilder eines ressourcenleichten,

Muße und Gelassenheit fördernden Wohlstands erfordere. Gelingt es nicht, die Ressourcenfrage zu entschärfen, sind Konflikte von globaler Dimension vorprogrammiert.

Soziale Nachhaltigkeit könne, so eine weitere Übereinstimmung, zudem nur durch eine faire Verteilung des Vorhandenen erreicht werden. Neben der „Schuldenbremse“ sei daher auch eine „Guthabenbremse“ (Elmar Altvater) nötig. Europa brauche Umverteilung und Regionalisierung mit dem Ziel, „vom Eigenen zu leben“ (Andreas Novy). Ob sich die Mittelschichten mit den oberen oder unteren Bevölkerungsschichten solidarisieren, sei entscheidend für die Zukunft Europas. Notwendig sei eine „Solidarisierung der 99 Prozent“ (Michaela Moser).

Durchaus kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob der Kapitalismus durch Regeln gezähmt, durch subversive Strategien ein Stück weit entmachtet oder durch neue Formen des Wirtschaftens überwunden werden sollte. Daran entzündete sich etwa eine Debatte über die Durchsetzungschancen eines bedingungslosen Grundeinkommens (Karl Reiter) sowie die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und neuen Arbeitszeitmodellen.

### Manifest von Schlaining verabschiedet

Die Ergebnisse der Diskussionen flossen in ein abschließend verabschiedetes „Manifest von Schlaining“ ein, das unter dem Motto „Raus aus der Komfortzone“ unter anderem Vorschläge für eine sozial-ökologische Produktion von Lebensmitteln, ein „gutes Leben ohne



„In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ – Ideenfindung in einer Zukunftswerkstatt. Foto: Hans Holzinger

### Krisen sind kein Naturgesetz

*Unter dem Motto „Raus aus der Komfortzone“ wurde bei der Sommerakademie Schlaining ein Manifest verabschiedet, das Wege zur Überwindung der gegenwärtigen Krisen (Hunger, Armut, Klimawandel, Schuldenkrise, Ressourcenkriege) aufzeigt.*

*Die Überwindung der globalen Hungerkrise wird dem Manifest zufolge nicht gelingen mit genmanipulierten Pflanzen oder anderen "grün"-technologischen Revolutionen, sondern nur, wenn möglichst viele Länder und ihre Bevölkerungen die Ernährungssouveränität zurückgewinnen und Lebensmittel unter sozial gerechten und ökologisch verträglichen Bedingungen in regionalen Räumen produziert und konsumiert werden. Die UnterstützerInnen engagieren sich für alle Projekte, Maßnahmen und politischen Forderungen, die diesen Zielen dienen.*

*Um die Befreiung aus der Abhängigkeit von den fossilen Energien und von der Atomenergie bis spätestens Mitte dieses Jahrhunderts zu ermöglichen, tritt man für die deutliche Reduzierung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Energie, für mehr Energieeffizienz und für eine möglichst schnelle und umfassende Wende hin zu Sonnen-, Wind- und anderen erneuerbaren Energien ein. Entsprechende Modellprojekte sollen unterstützt und das Wiedererlernen handwerklicher Fähigkeiten sowie die Erneuerung alten Wissens (Re-Skilling) in Anbetracht von Peak Oil gefördert werden. Als*

*erforderliche Maßnahmen für eine nachhaltige Produktion und Distribution von Gütern werden die Verwendung biologisch abbaubarer Rohstoffe, die Transparenz von Transportketten sowie die Einbeziehung der Folgekosten in die Preiskalkulation angeführt.*

*Die seit 2008 herrschende Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise hat die Ungleichheit zwischen Arm und Reich verschärft, auch innerhalb der reichen Industriestaaten. Als Alternative zu den beschlossenen drastischen Sparpaketen unterstützt man das so genannte Zivilgesellschaftliche Budget, das die Mitglieder der österreichischen Allianz [www.wegeausderkrise.at](http://www.wegeausderkrise.at) ausgearbeitet haben. Das Budget enthält konkrete Vorschläge für zusätzliche Steuereinnahmen mit ökologischen und Verteilungseffekten (Ökosteuern, Vermögenssteuern). Diese Einnahmen sollen in Investitionen in Soziales, Bildung, Pflege, den öffentlichen Verkehr, in thermische Sanierung und auch in die Friedensforschung und Friedensarbeit fließen. Zudem sollen auf nationaler und auf EU-Ebene Schuldenaudits unter Partizipation der Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Dabei geht es um die Transparenz und Bewertung der Gläubiger und um Maßnahmen wie die Heranziehung der Schuldenverursacher sowie um Entscheidungen für Schuldenschnitte für staatliche und private Schulden.*

*Quelle: Presseaussendung der Friedensburg Schlaining vom 06.07.2012*

Öl", eine soziale Grundsicherung für alle sowie die Einübung in gewaltfreier Kommunikation fordert (siehe Info-Kasten). Jakob von Uexküll vom World Future Council erinnerte in seinem als Audiofile verfügbaren Eröffnungsvortrag einmal mehr an die Brisanz des Klimawandels, der „Zukunftsgerechtigkeit“ vereitle und die Dramatik von Umweltflüchtlern verschärfe.

Wut und Betroffenheit erzeugte der Film „War on Terror“ unter Anwesenheit des aus dem Burgenland stammenden Regisseurs Sebastian J. F., der die neuen Folter- und Kriegsstrategien der US-Führung im Gefolge der Anschläge auf das World Trade Center dokumentiert. Welche Formen des Engagements letztlich zu einer gerechteren Welt führen und ob die vielen

kleinen Schritte Einzelner nicht eher der Gewissensberuhigung bzw. Ablenkung dienen, wurde an einer der anregenden Abendveranstaltungen kontrovers diskutiert. Der junge Wissenschaftler Manouchehr Shamsrizi stellte das in Berlin ansässige „Zentrum für Politische Schönheit“ vor. Mit neuen provokanten Aktionsformen stellt dieses Machtstrukturen in Frage, indem es sich mit Rüstungskonzernen oder Banken anlegt. So wird aktuell gegen einen deutschen Rüstungskonzern vorgegangen, der bis zu 800 High-Tech-Panzer an Saudiarabien geliefert hat.

Die Sommerakademie unter der sachkundigen wie humorvollen Leitung von Elias Bierdel war ein gelebtes Beispiel lustvollen inhaltlichen Austauschs unter Ein-

bindung unterschiedlicher Wissenschafts- und Fachdisziplinen sowie von Initiativen der Zivilgesellschaft. Besonders beeindruckt hat mich der Dialog zwischen der älteren Generation der Friedensbewegung und den vielen „engagierten Jungen“ – Studierende aus Universitäten, ATTAC-AktivistInnen, Suchende nach einer humanen Gesellschaft. Einer von ihnen ist Abdallah Handaway von der jungen Demokratiebewegung in Ägypten. Er studiert derzeit an der European Peace University in Schlaining und zeigte in seinem Referat eindrucksvoll, dass sich Engagement lohnt.

### Mitwirkung der Robert-Jungk-Bibliothek bei Zukunftswerkstatt

Auch die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) konnte mit Expertise zur Tagung beitragen. Als deren Mitarbeiter referierte ich über die „Energieversorgung als Achillesferse des Konsumkapitalismus“ und skizzierte „Wege in eine Solarspargesellschaft“. Gemeinsam mit der Psychotherapeutin Luisa Grabenschweiger leitete ich eine Zukunftswerkstatt zur Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Ein zentrales Ergebnis: Errungenschaften unseres Wohlstandes wie Demokratie und freie Meinungsäußerung, Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Güter wie Lebensent-

würfe oder soziale Sicherungssysteme werden durchaus geschätzt. Gewünscht wird jedoch vielmehr eine Gesellschaft, in der Kooperation vor Konkurrenz steht, die Grundrechte allen gewährt und öffentliche Güter statt Banken gerettet werden, in der die Ressourcen des Planeten verantwortungsbewusst genutzt werden und sich alle für die Gemeinwohlinteressen engagieren. Eine Gesellschaft von „A wie angstfrei“ bis „Z wie zukunftsorientiert“!

Hans Holzinger  
Robert-Jungk-Bibliothek  
für Zukunftsfragen (JBZ)

#### Links:

Manifest der Sommerakademie [www.aspr.ac.at/sak2012/sak2012.htm](http://www.aspr.ac.at/sak2012/sak2012.htm)

Netzwerk Wege aus der Krise, [www.wegeausderkrise.at](http://www.wegeausderkrise.at)  
Zentrum für politische Schönheit, [www.politicalbeauty.de/center/](http://www.politicalbeauty.de/center/)

War on Terror, <http://www.war-on-terror-tm.com/de/index.html>

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, [www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)

Alle Vorträge der Sommerakademie werden gegen Jahresende in einem Tagungsband nachzulesen sein.

### Referierte Ausgabe „Bildungspolitik als Sozialpolitik“ – Call for Papers

*In Zeiten sozialpolitischer Kürzungen wird Bildung gerne als Vorsorge gegen Diskriminierung am Arbeitsmarkt und mithin als Brücke in die Unabhängigkeit von öffentlichen Unterstützungsleistungen thematisiert. Dabei erhebt sich die Frage, inwieweit dieses Versprechen eingelöst werden kann bzw. für welche soziale Gruppen dies zutrifft – und für welche nicht. Umgekehrt wird soziale Ausgrenzung oft mit vorhandenen Bildungsdefiziten erklärt. Wie man es auch wendet, Bildung erscheint in letzter Zeit als Allheilmittel bzw. als Königsweg, um sich aus sozial defizitären Lagen zu befreien.*

*Für das Kontraste-Schwerpunktheft „Bildungspolitik als Sozialpolitik“ ersuchen wir um die Zusendung von Beiträgen, die sich entweder auf der Basis empirischer Studien oder im Rahmen einer theoretischen Abhandlung, gegebenenfalls*

*in essayistischer Form, mit der Thematik auseinandersetzen.*

*Die Beiträge sollten eine Länge von mindestens 30.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) aufweisen. Grafische Elemente wie Übersichten, Tabellen und Diagramme sind möglich und willkommen. Amerikanische Zitierweise ist erbeten, d.h. Kurzbelege im Text (AutorIn, Erscheinungsjahr, Seitenangabe), Fußnoten sollten nur für inhaltliche Ergänzungen verwendet werden.*

*Das Ende der Einreichfrist ist nunmehr der 31. August 2012. Angenommene Beiträge werden mit allfälligen Anregungen zur Überarbeitung an die AutorInnen zurückgesandt. Redaktionsschluss ist Ende Oktober, sodass das Heft im Dezember 2012 termingerecht erscheinen kann.*

*Kontakt: Mag. Hansjörg Seckauer ([hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)) bzw. 0732 2468 7168); Univ.Prof. Dr. Margitta Mätzke ([margitta.maetzke@jku.at](mailto:margitta.maetzke@jku.at))*

## Viele fühlen sich sozial ausgeschlossen

Große Teile der Bevölkerung in Deutschland haben das Gefühl, dass ihre gesellschaftliche Teilhabe nicht gesichert ist. Der Verlust von Lebenszufriedenheit und Glück, weniger Selbstsorge und weniger bürgerschaftliches Engagement sind die Folge.

Auf diesen Befund haben WissenschaftlerInnen der Universität Kassel bei der Mitte April abgehaltenen Tagung „Inklusion, Teilhabe und Behinderung – Anfragen an die (Human-)Wissenschaften“ hingewiesen. „60 Prozent der deutschen Bevölkerung erleben ihre finanzielle Situation als ständige Gratwanderung zwischen Meistern und Absturz“, sagte der Sozialpsychologe *Ernst-Dieter Lantermann*. „40 Prozent machen sich große Sorge um ihren Arbeitsplatz, über 50 Prozent befürchten, dass sie ihre Ansprüche im Alter deutlich senken müssen.“ 40 Prozent sehen ihre Gesundheit als bedroht an, 60 Prozent glauben, dass in Deutschland die Häufigkeit sozialer Notlagen deutlich zunimmt: „30 Prozent befürchten eine Erosion ihrer sozialen Netze.“ Diese Ergebnisse gehen aus einer Befragung von 1.200 repräsentativ ausgewählten BundesbürgerInnen über 18 Jahren hervor, die im Auftrag der Universität Kassel und des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchgeführt wurde.

Die weit verbreitete Wahrnehmung, dass wesentliche Leistungen der Gesellschaft wie gut bezahlte Arbeit, sichere Alters- oder Gesundheitsvorsorge nicht mehr für alle da sind, habe zur Folge, dass sich viele Menschen von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, betonte Lantermann, „und gesellschaftliches Exklusionsempfinden korrespondiert in starkem Maße mit einem Verlust an Lebenszufriedenheit und Glück sowie mit einem Nachlassen an Selbstsorge, einschließlich eines verminderten bürgerschaftlichen Engagements.“

### Welche Ressourcen stehen zur Verfügung?

Wie erfolgreich der einzelne diese Situation bewältigt, hänge stark von den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Wesentlich seien dabei allerdings nicht nur „externe Ressourcen“ wie Einkommen, Bildung, berufliche Position oder verlässliche Freunde. Entscheidend seien häufig auch die „internen Ressourcen“ des Betroffenen, wie etwa Neugier, Risikofreude, Zielorientiertheit, aber auch Vertrauen in

sich selbst, sein soziales Umfeld oder in die gesellschaftlichen Institutionen.

Bei Menschen, die über nur wenige externe wie interne Ressourcen verfügen, steige das Risiko psychosomatischer Erkrankungen deutlich, warnte der Sozialpsychologe: „55 Prozent der Ressourcenarmen, aber nur 15 Prozent der Ressourcenreichen berichten in vergleichbar exkludierenden Lebenssituationen über regelmäßige Niedergeschlagenheit, 43 gegenüber 11 Prozent über Angstgefühle, 28 gegenüber 5 Prozent über Antriebslosigkeit.“ Ähnliches gelte für das Risiko, sich in exkludierenden Situationen überfordert zu sehen: „46 Prozent der Ressourcenarmen, aber nur 2 Prozent der Ressourcenreichen geben an, dass die Anforderungen, die mit exkludierenden Lebenslagen einhergehen, ihre Möglichkeiten übersteigen.“

### Subjektives Inklusionsempfinden wesentlich

Das Vorhandensein ausreichender persönlicher Ressourcen allein sei allerdings noch keine Gewähr dafür, dass der Einzelne sich mit schwierigen Lebenssituationen erfolgreich auseinandersetzt oder an ihnen scheitert, sagte der Soziologe *Heinz Bude*. Entscheidend sei vielmehr, ob das Individuum sich noch als Teil der Gesellschaft sieht oder sich selbst als ausgeschlossen betrachtet: „Wer für sich einen Platz im „gedachten Ganzen“ der Gesellschaft sieht, ist eher bereit, für sich zu sorgen, als jemand, der sich verloren und ohne Repräsentanz in einer Bezugsgruppe im gesellschaftlichen Kosmos vorkommt“, erklärte Bude: „Schutz gegen Aufgeben und Resignation gibt sich die einzelne Person nur im Umweg über ihre Gesellschaft.“ Das subjektive Empfinden von Inklusion oder Exklusion sei damit „eine psychosoziale Größe eigener Art“ und eine wesentliche Determinante, die zwischen prekären Lebenssituationen und autoprotektiven Verhaltensweisen vermittelt.

„Das Gefühl, nicht mehr richtig zur Gesellschaft zu gehören, von den gesellschaftlichen Prozessen und Ressourcen ausgeschlossen zu sein, scheint nach allen unseren Befunden eine Schlüsselerfahrung im Prozess des Umgangs mit exkludierenden Lebensverhältnissen zu sein“, sagte auch Lantermann: „Gleich, wie sonst die Lebensverhältnisse auch sein mögen, ob inkludierend oder eher exkludierend – wer sich gesellschaftlich ausgeschlossen empfindet, der ist in seiner praktischen Lebensführung stärkeren Belastungen ausgesetzt und neigt in stärkerem Maße zur Resignation, mangelnder Selbstsorge und Abwehr allen Fremdens.“

*Quelle: Pressemitteilung der Universität Kassel (Christine Mandel), 18.04.2012*

## Inklusion in Schule und Unterricht

Mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist das inklusive Bildungssystem zum Leitbild der Bildungspolitik geworden. Nicht nur die Heil- und Sonderpädagogik, sondern auch die Schulpädagogik sowie FachlehrerInnen müssen sich auf das gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule einstellen. Dieses Ziel erfordert sowohl im Unterricht als auch in der Schulorganisation neue Wege und wird die bisherige Organisation der individuellen Förderung verändern.

In diesem Zusammenhang entwickelten die Pädagogen Ulrich Heimlich und Joachim Kahlert von der Ludwig-Maximilians-Universität München das Modell der sogenannten inklusionsdidaktischen Netze, das inhaltliche Lernbereiche mit entwicklungsorientierten Förderschwerpunkten verknüpft. Vorgestellt wird das Modell im vorliegenden Band „Inklusion in Schule und Unterricht“, in dem die derzeit gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verschiedenen Aspekten der Inklusion dargestellt und mit Praxisbeispielen verbunden werden.

„Mit den inklusionsdidaktischen Netzen haben wir erstmals ein Konzept für die Planung und Gestaltung inklusiven Unterrichts entwickelt, in dem schul- und sonderpädagogische Aspekte so aufeinander bezogen sind, dass individuelle Förderung im Rahmen kooperativer Lernprozesse an gemeinsamen Inhalten möglich wird“, erläutert Ulrich Heimlich die Konzeption. Ziel ist es, ein Thema aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven zu betrachten und mit den Erfahrungs- und Entwicklungsbereichen der Kinder zu verknüpfen.

Auf diese Weise soll ein Pool möglicher Unterrichtsvorhaben generiert werden, die aus unterschiedlichsten Blickwinkeln behandelt werden. „Welche Vorhaben dann als sinnvoll und ergiebig aufgegriffen werden, hängt von den konkreten Lernvoraussetzungen und den Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder ab“, erklärt Joachim Kahlert – schließlich soll der Unterricht dem Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Fähigkeiten und Bedürfnisse Rechnung tragen. Zukünftig ist geplant, das Modell auch in die Lehrerbildung einzubeziehen.

*Ulrich Heimlich, Joachim Kahlert (Hg.):  
Inklusion in Schule und Unterricht  
Wege zur Bildung für alle  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2012  
208 Seiten, EUR 27,60*

## Wider die Ökonomisierung des Bildungswesen

Bildungsfragen sind in den letzten Jahren zu gesellschaftlichen „Megathemen“ avanciert. Wenig überraschend geht es dabei nahezu ausschließlich darum, menschliches Lernvermögen für die wirtschaftliche Verwertung und die Konkurrenzfähigkeit in Dienst zu nehmen. Wie schon fast alle Aspekte menschlichen Daseins, gewinnt heute auch das Lernen nur mehr über den am Markt generierten „Wert“ Bedeutung. Es muss sich rentieren, indem es zum Sieg im Konkurrenzkampf „jede/r gegen jede/n“ beiträgt.

In seinem Buch „Wertvolle Bildung“ widerspricht der Autor – Werner Lenz, Professor für Bildungswissenschaft an der Universität Graz – dieser fortgesetzten Ökonomisierung. Er weist zu Recht darauf hin, dass trotz der Brisanz des Themas kaum je die Frage diskutiert wurde, welche Bildung wir denn überhaupt wollen. Wie müsste sie organisiert werden, damit möglichst viele Menschen zu Selbstbewusstsein und Mündigkeit gelangen? Professor Lenz plädiert in diesem Zusammenhang für Bildungsprozesse, die Eigen-Sinn und Selbstbestimmung anstelle von Anpassung und „Selbstoptimierung“ fördern. Sie sollen bestärken, autonom zu entscheiden, Informationen kritisch zu prüfen, Wissen zu erarbeiten und die eigene Urteilskraft einzusetzen. Im Ergebnis drückt sich das in Achtung und Achtsamkeit gegenüber anderen Menschen und sich selbst aus – eine derartige Bildung gäbe Orientierung im Denken und zum Handeln.

Werner Lenz weist darauf hin, dass es neben der individuellen auch eine gesellschaftliche Verantwortung für Bildung gibt: Diese werde eklatant missachtet, wenn etwa jährlich über 10.000(!) Jugendliche lese- und rechtschreibschwach unsere Schulen verlassen – oder 300.000 (funktionale) AnalphabetInnen in Österreich ihr Dasein fristen müssen. Die Nicht-Beherrschung dieser wichtigen Kulturtechniken verhindert ihre adäquate Teilnahme an der Gesellschaft. Ihre Reintegration ist wesentlich aufwändiger (nicht nur finanziell) als eine ausreichende Erstausbildung. Folglich lautet die Frage in der Bildungspolitik also gar nicht „Was kostet Bildung?“, sondern „Was kostet Nicht-Bildung?“ Da drängt sich schon die Überlegung auf, warum von den verantwortlichen BildungspolitikernInnen eine derartige (finanzielle und personelle) Auszehrung des Bildungssystems überhaupt zugelassen wurde.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen widmet sich das Buch sehr engagiert den Zusammenhängen zwischen



Bildung und dem gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahre. Deshalb nehmen auch die Rolle von Weiterbildung und die Bildungschancen Erwachsener in dieser Aufsatzsammlung einen wichtigen Stellenwert ein. Das ist nicht verwunderlich, ist doch die Erwachsenenbildung das akademische „Steckenpferd“ von Professor Lenz, ein Gebiet, auf dem er sich schon zahlreiche Meriten erarbeitet hat. Erst im Vorjahr (2011) erhielt er den Staatspreis für Erwachsenenbildung in der Kategorie Wissenschaft. Individualisierung, Reisen, Grundbildung, Zwang zum Lernen, Noten und LehrerInnenbildung sind weitere Themen, die in dieser Schrift behandelt werden.

Als Fazit kann man/frau zusammenfassen: Es handelt sich um ein sehr lesenswertes Buch, das pädagogisch und bildungspolitisch Tätige an ihre Verantwortung erinnert. Wortgewandt spannt der Autor den Bogen zwischen Aufklärung und Kapitalismus, Philosophie und Wirtschaft, Geschichte und Zukunft. Dennoch bleibt es leicht lesbar und stellt große Themen und Gesellschaftskritik verständlich dar, ohne die Zusammenhänge und Hintergründe aus den Augen zu verlieren. Diesem Buch kann man/frau wirklich eine weite Verbreitung wünschen.

*Alexander Dinböck*

*Werner Lenz:*

*Wertvolle Bildung. Kritisch – skeptisch – sozial  
Löcker Verlag, Wien 2011  
220 Seiten, EUR 19,80*

## Der Siegeszug des Liberalismus

Dieses Buch ist der vierte Band der Geschichte des modernen Weltsystems von Immanuel Wallerstein. „Das moderne Weltsystem“ ist chronologisch aufgebaut. Jeder Band kann für sich gelesen werden. Zusammengefügt entsteht ein Panoramabild der Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems im langen 16. Jahrhundert (Band I), der Konsolidierung der Weltwirtschaft unter niederländischer Hegemonie im 17. Jahrhundert (Band II), der weiteren wirtschaftlichen und räumlichen Ausweitung im 18. und frühen 19. Jahrhundert (Band III) sowie der Herausbildung der liberalen Mitte als gesellschaftlichem Hegemon (Band IV).

Im vorliegenden Band IV legt Wallerstein die geistigen und ideologischen Grundlagen für die Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert dar. Seine Analyse beginnt 1789 im Jahr der Französischen Revolution. Nachdem die alte hierarchische Ordnung in Frage gestellt war, bedurfte es neuer Erklärungen zur Legitimation von Ungleichheit. Detailreich wird nachgezeichnet, wie

## ESF-Innovationsaward 2012

*Sozialminister Rudolf Hundstorfer vergibt auch heuer den Innovationsaward für herausragende Projekte, die durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) ermöglicht wurden. Gesucht werden Projekte, die sich ausschließlich oder mit spezifischen Angeboten an Mädchen und/oder Frauen wenden.*

*Einreichungen sind bis 21. September 2012 möglich. Nähere Informationen unter:  
[www.esf.at/esf/start-2/thema-innovation/](http://www.esf.at/esf/start-2/thema-innovation/)*

sich diese Ungleichheit im 19. Jahrhundert entwickelte und vertiefte.

Der Autor entwirft einen Analyserahmen, der die Weltwirtschaft als eine axiale Arbeitsteilung zwischen auf- und absteigenden, im zeitlichen Verlauf sich verschiebenden Teilräumen begreift, die auf der ungleichen Rolle von Zentren und Peripherien beruht. Dieses Modell nahm seinen Ausgang in Süd- und Westeuropa und hat in der Zwischenzeit den gesamten Globus erfasst. Wallerstein untermauert seine These, dass die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems von den jeweiligen Zentren ausgeht, indem er sich der Legitimierung der globalen Zivilisationsmission zuwendet, die in England und Frankreich begann. Gleichzeitig nimmt Wallerstein im vierten Band jenen Kritikern den Wind aus den Segeln, die ihm eine ökonomistische Herangehensweise unterstellen: Hier geht es um Politik und Ideologie, sowohl seitens der herrschenden Klassen als auch seitens der antisystemischen, oppositionellen Bewegungen. Mit anderen Worten: Es geht um die Herausbildung einer Geokultur für das Weltsystem im 19. Jahrhundert.

Immanuel Wallerstein ist Professor emeritus für Soziologie und war jahrzehntelang als Direktor des Fernand Braudel Center an der Binghamton University (New York) sowie an der Maison des Sciences de l'Homme in Paris tätig. Seine Weltsystemtheorie grenzt sich von jedweden Modernisierungstheorien ab. Sie hat Generationen von HistorikerInnen beeinflusst.

*Immanuel Wallerstein:*

*Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914)  
Das moderne Weltsystem IV  
Promedia Verlag, Wien 2012  
352 Seiten, EUR 27,90*

### Mindestsicherung = Existenzsicherung?

Im Oktober 2011 ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Oberösterreich als letztem Bundesland in Kraft getreten. Damit hat sie bundesweit die „offene Sozialhilfe alt“ abgelöst und ist nun das letzte Netz im österreichischen Sozialstaat. Der Vortrag von Martina Kargl (Die Armutskonferenz) benennt die generellen wie bundeslandspezifischen Knackpunkte, die dafür verantwortlich sind, dass auch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung nur ein eingeschränkt effizientes Mittel im Kampf gegen Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung ist.

*Termin und Ort:* 29. August 2012, 18.00 Uhr; Depot, Breite Gasse 3, 1070 Wien

### Interessen wecken und Talente fördern

Ö2020-Zukunftsdiskurs des Karl-Renner-Instituts zum Thema „Bildungspolitik: Vielfalt als Chance“ mit Bildungsministerin Claudia Schmied, dem Genetiker Markus Hengstschläger und Alfred Lehner, Direktor der Neuen Mittelschule Markt Allhau.

*Termin:* 3. September 2012, 18.00 Uhr

*Ort:* Museumsquartier, Ovalhalle, Museumsplatz 1, 1070 Wien

*Anmeldung:* Tel. 01 804 65010; Mail: [rauscher@renner-institut.at](mailto:rauscher@renner-institut.at)

### Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen

Im bisherigen Selbstverständnis Sozialer Arbeit war das Soziale etwas Eigenständiges und Eigensinniges. Von daher erscheint die immer stärker werdende Tendenz, das Soziale nur noch unter dem Aspekt seiner „Nützlichkeit“ zu betrachten und es auf diese Weise dem Ökonomischen zuzuschlagen, als Angriff auf das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit. Ziel des 8. deutschen Bundeskongresses Soziale Arbeit ist es, die Eigensinnigkeit und Eigenständigkeit des Sozialen wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

*Termin und Ort:* 13. – 15. September 2012; HAW Hamburg, Alexanderstraße 1, D 20099 Hamburg  
*Information, Anmeldung:* [www.bundekongress-soziale-arbeit.de](http://www.bundekongress-soziale-arbeit.de)

### Integra 2012

Produkte und Dienstleistungen, die das Leben von Menschen mit Behinderung und/oder Pflegebedarf, deren Angehörigen und Professionisten erleichtern, stehen an drei Messetagen im Fokus der Aufmerksamkeit. Ein umfangreiches Bildungs- und Rahmenprogramm, darunter das Forum „Angehörige pflegen“, soll Anstoß für einen nachhaltigen Know-how-Transfer geben.

*Termin und Ort:* 19. – 21. September 2012; Messezentrum Wels  
*Information:* [www.integra.at](http://www.integra.at)

### Männergesundheit – Impulse und Anregungen für die Praxis

Das Wiener Männergesundheitszentrum MEN begeht das 10-jährige Jubiläum seines Bestehens mit einer Fachtagung. Eröffnet wird diese durch Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely, weitere Inputs erfolgen von Siegfried Meryn, Thomas Altgeld, Reinhard Winter u.a.m.

*Termin:* 20. September 2012, 9.30 – 17.00 Uhr  
*Ort:* FH Campus Wien, Favoritenstraße 226, 1100 Wien

### Burnout? Burn on!

Was sagt die Wissenschaft zum Phänomen „Burnout“? Wie kann man dem Erschöpfungs-Syndrom wissenschaftlich fundiert begegnen? Welche Therapie- und Präventionsmodelle sind erfolgreich? Diese Fragen diskutieren MedizinerInnen, PsychologInnen und ArbeitsforscherInnen beim diesjährigen Kongress der Deutschen Gesellschaft

für Medizinische Psychologie (DGMP). Dabei kommen Ursachen, Differenzialdiagnosen, Umgangsmöglichkeiten sowie die seelischen Leiden der Betroffenen zur Sprache. Zudem werden erfolgreiche Therapie- und Präventionsmodelle vorgestellt und im gemeinsamen Diskurs weiterentwickelt.

*Termin und Ort:* 20. – 22. September 2012; Universitätsklinikum Heidelberg (D)  
*Information, Anmeldung:* [www.medpsych.uni-hd.de](http://www.medpsych.uni-hd.de); [www.klinikum.uni-heidelberg.de/DGMP-Kongress-2012.125417.0.htm](http://www.klinikum.uni-heidelberg.de/DGMP-Kongress-2012.125417.0.htm)

### Kindergrundsicherung

Europäische Fachtagung anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums der österreichischen Plattform für Alleinerziehende, mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des European Network of Single Parent Families (ENoS) sowie ArmutsexpertInnen.

*Termin:* 21. September 2012, 9.30 – 18.00 Uhr  
*Ort:* Haus der Europäischen Union, Wipplingerstraße 35, 1010 Wien  
*Anmeldung:* [oepea@oepea.or.at](mailto:oepea@oepea.or.at)

### Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Oberösterreich

Diskussion mit Michael Wall (Land OÖ), Martin Schenk (Armutskonferenz), Christine Stelzer-Orthofer (JKU Linz) sowie PraktikerInnen aus Sozialorganisationen, veranstaltet vom Armutsnetzwerk Oberösterreich.

*Termin und Ort:* 24. September 2012, 14.00 – 16.00 Uhr; Wissensturm Linz

### Vernetzungstreffen Delogierungsprävention

Die Volkshilfe Wien veranstaltet das diesjährige österreichweite Vernetzungstreffen Delogierungsprävention. Geplant sind u.a. Fachvorträge über die Bedeutung des Mietrechts für die Wohnungssicherung, die Auswirkungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Wien sowie über Housing First als Schnittstelle zwischen Wohnungssicherung und klassischer Wohnungslosigkeit.

*Termin und Ort:* 24. – 25. September 2012; Gartenhotel Altmannsdorf, Hoffingergasse 26, 1120 Wien

### Pfade im Public und Nonprofit Management

Manche Pfade schlagen Brücken zwischen der wissenschaftlichen Forschung und dem praktischen Handeln. In diesem Sinne beleuchten Vertreter des Public bzw. Nonprofit Management konkrete Pfade, die für ein erfolgsorientiertes Management sowohl in öffentlichen Einrichtungen als auch in NPO von entscheidender Bedeutung sind.

*Termin:* 27. September 2012, 14.00 – 18.00 Uhr  
*Ort:* JKU Linz, Uni-Center, 1. Stock, Repräsentationsraum C  
*Anmeldung:* Tel. 0732 2468 9462, Mail: [ibgu@jku.at](mailto:ibgu@jku.at)

### Kinder- und Jugendgesundheit: Messen – Planen – Fördern – Steuern

Bei der 15. wissenschaftlichen Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Public Health soll die Kinder- und Jugendgesundheit aus Public Health-Perspektive beleuchtet werden. Folgende Themenbereiche werden dabei behandelt: epidemiologische Grundlagen, psychosoziale Gesundheit, gesundheitliche Chancengleichheit, Lebensstile und Lebenswelten, Forschung, Lehre und Ausbildung, Organisationen und Berufsgruppen sowie Gesundheitsförderungs-, Vorsorge- und Versorgungsansätze.

*Termin:* 27. – 28. September 2012  
*Ort:* Cityhotel Design & Classic, Völkplatz 1, 3100 St. Pölten  
*Information, Anmeldung:* <http://www.oeph.at/community/termine/76-kinder-und-jugendgesundheit>

# kontraste

## Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:  
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

### Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes  
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

### Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

### Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz  
Tel.: 0732 2468 7168  
Mail: [hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)  
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste  
Aboservice, Sekretariat: Judith Luckeneder, Tel.: 0732 2468 7161  
Fax DW 7172 Mail: [judith.luckeneder@jku.at](mailto:judith.luckeneder@jku.at)

### Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine  
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,  
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela  
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,  
die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung  
und Entscheidung über die Veröffentlichung vor.  
Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge können,  
müssen aber nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.

### Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer  
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss  
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster  
Dr. Brigitte Kepplinger

### Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

### Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und  
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;  
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;  
Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70  
Alle Preise inklusive Versand.  
Gratis Probeabo für drei Monate  
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

### Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453  
BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT972032007500002453

